

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- **Gesundheitsreform: Große Koalition plant Neujustierung der Geldströme – Seite 4**
- **Ausnahmezustand für ankommende Flüchtlinge: Eine Art von Krieg – Seite 8**
- **Die Linke. Köln-Fraktion erfolgreich bei Initiative für Ausbildungsplätze – Seite 12**
- **Bewachungsgewerbe: ver.di-Kampagne gegen Armutslöhne – Seite 15**
- **Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“: Verschobene Perspektive – Seite 20**

Ausgabe Nr. 13 am 29. Juni 2006, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIEN VIERZEHNTAGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de - **Alfred Küstler**, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/ 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Alfred Küstler, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Kritik an Abtreibungen kann verboten werden

FAZ, 23.6. 1. Das Bundesverfassungsgericht billigte die strafrechtliche Verurteilung zweier Abtreibungsgegner wegen Beleidigung eines Gynäkologen, dessen Tätigkeit sie als Kindermord bezeichnet und mit dem Holocaust verglichen hatten. Im zivilrechtlichen Teil dieses Rechtsstreits war der Gynäkologe vor den Gerichten damit gescheitert, den beiden Abtreibungsgegnern die weitere Verbreitung des Flugblatts verbieten zu lassen. Es sei ein Unterschied, ob es um eine nachträgliche Sanktionierung von Meinungsäußerungen oder um die Abwehr künftiger Äußerungen gehe. (Aktenzeichen 1 BvR 49/00.)

Junge Frauen aus Migrant-familien finden wenig Ausbildungsstellen

DGB-Infobrief 2/06, 1. Die Ausbildungsquote von jungen Frauen ausländischer Nationalität ist in den vergangenen Jahren trotz höherer Schulabschlüsse gesunken. 2003 machten sie nur 7 % aller weiblichen Azubis aus. 1995 waren es noch 9 Prozent. Ihr Anteil an den Jugendlichen im Alter von 15 bis 18 Jahren betrug im gleichen Jahr rund 12 Prozent. (West). Noch negativer fällt der Trend bei folgendem Vergleich aus: Die Anzahl aller weiblichen Azubis erhöhte sich von 1995 bis 2003 um rund fünf Prozent, die Zahl derjenigen mit ausländischem Pass sank dagegen um knapp 20 Prozent.

Industrie gegen Bildungsarmut, aber für Einkommensarmut

www.iwkoeln.de, 26.6. 1. Dr. Hans-Peter Klös; Geschäftsführer und Leiter Bildungspolitik und Arbeitsmarktpolitik Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) hat ein Gutachten vorgelegt, was aus Sicht der Industrie gegen die Bildungsarmut getan werden muss. Ausgangspunkt seiner Überlegungen: „Damit Deutschland im internationalen Wettbewerb nicht ins Hintertreffen gerät, ist es erforderlich, die noch nicht erschlossenen Bildungspotenziale künftig besser auszuschöpfen.“

Hintergrund sei die zu hohe Zahl „bildungsarmer Schüler“. Als Ursache macht er aus: „Die Untersuchungen führen zu dem zentralen Befund, dass ein besonders starker Einfluss auf die Kompetenzen von Schülern vom familiären Hintergrund der Jugendlichen ausgeht. Ein niedriger Bildungsstand der Eltern, ein Migrationshintergrund, der dazu führt, dass zu Hause eine andere Sprache als Deutsch gesprochen wird, sowie die Bildungsferne der Eltern stehen in Deutschland in einem

starken negativen Zusammenhang zu der Lernleistung der Schüler. Ungünstige Bedingungen zu Beginn der Bildungslaufbahn tragen damit in erheblichem Umfang zur Entstehung von Bildungsarmut bei.“ Die Schlussfolgerung von Herrn Klös: „Die Ergebnisse der Ursachenanalyse legen nahe, bei der Bekämpfung der Bildungsarmut vor allem bei einer besseren Förderung von Kindern mit einem schlechteren sozioökonomischen Hintergrund anzusetzen. Dies kann durch einen Ausbau der frühkindlichen Förderung und durch den Ausbau von Ganztagschulen erreicht werden.“ Und er zählt dann die Maßnahmen auf, die inzwischen viele befürworten, originell ist nur der Vorschlag, die Lehrer durch leistungsgelehrte Bezahlung dazu zu bringen, dass sie sich auch um die schwächeren Schüler kümmern. Diese Maßnahmen würden aber alle nur langfristig wirken, und es dauere, bis Erfolge sichtbar würden.

„Kurzfristig wird sich der Bestand an bildungsarmen Personen dadurch nicht entscheidend verringern. Es ist daher zusätzlich zu überlegen, wie formal gering qualifizierten Personen der Einstieg in das Berufs- und Arbeitsleben erleichtert werden kann.“ Hier kommen dann die harten Vorschläge: Ausbildungsvergütung senken; Ausbildungskosten für solche Jugendlichen herabsetzen („differenzierte Ausbildungsbereiche“) und schließlich staatliche Zuschüsse zu Niedrigeinkommen für Geringqualifizierte.

„Nicht der Mensch ist illegal, sondern nur sein Aufenthalt“

Heute im Bundestag, 26.6., alk. Linkspartei und die Grünen haben jeweils Gesetzentwürfe eingebracht, die die Stellung der illegal Eingewanderten verbessern soll, vor allem geht es um das Recht auf Schulbesuch, ärztliche Versorgung und die Abschaffung der Anzeigepflicht für Personen, die den Migranten helfen.

Am 26. Juni fand dazu eine Anhörung statt, die wir relativ ausführlich wiedergeben, weil sie a) deutlich macht, wie dringend hier humanitäre Erleichterungen nötig sind (die z.B. Länder wie die USA längst haben, siehe Pol. Ber. Nr. 10/2006) und b) wie starrsinnig und inhuman die Behörden argumentieren und sich verhalten.

Die Mehrzahl der Sachverständigen hat in einer öffentlichen Anhörung des Innenausschusses Erleichterungen für illegal nach Deutschland eingewanderte Menschen angemahnt. „Nicht der Mensch ist illegal, sondern nur sein Aufenthalt“, argumentierte etwa der Richter am Bundesverfassungsgericht a.D., Bertold Sommer, am Montagnachmittag.

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

Michael Bommes, Professor an der Universität Osnabrück, wies darauf hin, illegale Einwanderung sei „immer Ausdruck einer Leistungsschwäche von Staaten in Bezug auf Kontrolle“ und die „Rückseite von Migrationspolitik“. Menschen, die sich auf dem Territorium eines Staates aufhielten, hätten immer das „Recht auf Erfüllung elementarer Lebensbedürfnisse“. Der Staat sei zu deren Erfüllung verpflichtet und dürfe ihnen nicht im Wege stehen. Migranten hätten unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus das Recht auf medizinische Versorgung oder Rechtsschutz. Gewähre man ihnen dies nicht, seien die Folgen für die gesamte Gesellschaft problematisch: Dies berge die Gefahr „dauerhaft nicht oder schlecht erzogener Kindern“, einer „mangelnden Gesundheitsversorgung“ und „Löchern bei der Durchsetzung des Rechts“.

Indem der Staat aber das Personal öffentlicher Einrichtungen, die illegalen Migranten diese Rechte gewähren, zur Meldung über den Aufenthaltsstatus von Migranten verpflichtet und sie so mit Kontrollaufgaben versehe, schränke er sie in der Erledigung ihrer Aufgaben ein und schaffe so ein Rechtsproblem.

Norbert Cyrus von der Universität Oldenburg betonte: „Erweiterte Schutzmaßnahmen zugunsten Illegaler führen nicht automatisch zu mehr illegaler Migration.“ Entscheidend seien Maßnahmen insbesondere im Bereich des Arbeitsmarktes, die die Anreize minderten, dass Arbeitgeber Ausländer illegal beschäftigten und ausbeuteten.

Cornelia Goesmann, Bundesärztekammer Berlin, und Ute Koch, Katholisches Forum Leben in der Illegalität, betonten die Notwendigkeit, die Meldepflichten insbesondere für Ärzte abzuschaffen. Ärzte seien verpflichtet, Patienten unabhängig von ihrem Status medizinisch zu versorgen.

Sie dürften nicht dem Druck ausgesetzt sein, sich mit ihrem Handeln unter Umständen strafbar zu machen. „Die Frage nach dem Aufenthaltsstatus gehört nicht zur ärztlichen Anamneseerhebung“, so Goesmann.

Es sei zudem nicht hinnehmbar, dass die Kosten für die Behandlung illegaler Migranten nicht übernommen und vom einzelnen Arzt bezahlt werden müssten. Die Ärzte hätten derzeit in diesen Fragen keine Rechtssicherheit.

Auch Ute Koch betonte, der Staat habe selbstverständlich das Recht zur Kontrolle – aber es dürfe nicht sein, dass humanitäre Helfer strafrechtliche Verfolgung befürchten müssten. Momentan sei es so, dass diejenigen, „die Menschen in Notsituationen helfen, sich in einer rechtlichen Grauzone befinden“. Das müsse sich ändern.

Während Bertold Sommer klarstellte, „das Prinzip der Menschenwürde muss letztlich Vorrang haben“, sprachen sich Wilfried Schmäing vom Hessischen Mi-

nisterium des Inneren und für Sport, und Winfried Kluth, Professor der Universität Halle-Wittenberg, gegen die Forderungen des Gesetzentwurfs aus.

Es sei die Aufgabe, den illegalen Aufenthalt von Menschen zu beenden, sagte Schmäing. Die öffentlichen Einrichtungen müssten deshalb den Status feststellen – und die Meldepflichten sollten beibehalten werden: „Warum soll der Staat seinen Angestellten erlauben, den illegalen Aufenthalt hinzunehmen“, so Schmäing.

Auch Winfried Kluth stellte fest, es sei legitim, wenn der Staat Statusinformationen, die er über eine „Informationsamtshilfe“ erhalte, auch verwerte. Bei den illegalen Migranten handele es sich „nicht nur um schicksalhaft Gestrandete“, sondern auch um Personen, die mit „kriminellen Intentionen“ ins Land gekommen seien.

Das geltende Gesetz räume Ermessensspielräume ein und bemühe sich um „Einzelfallgerechtigkeit“. Die Forderung nach Abschaffung der Meldepflichten sei daher eine „Überreaktion“.

EON Ruhrgas unterliegt Kartellamt

Handelsblatt, 21.6. rüL Das Bundeskartellamt hat vor dem Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf einen wichtigen Erfolg gegen EON Ruhrgas erzielt. Das OLG bestätigte eine Verfügung des Kartellamts, in der dieses dem Konzern untersagt hatte, wichtige Kunden wie z.B. Stadtwerke durch langjährige Exklusivverträge an sich zu binden. EON Ruhrgas beherrscht 55 Prozent des deutschen Gashandels und hat bisher Stadtwerke oder große Regionalversorger durch Verträge mit bis zu 20 Jahren Laufzeit verpflichtet, ihr Gas während dieser Zeit exklusiv nur von EON Ruhrgas zu beziehen. Das Bundeskartellamt sieht darin eine Marktabschottung, die Wettbewerber benachteiligt, und hatte im Januar die EON Ruhrgas aufgefordert, bis Oktober 2006 die Laufzeit der Verträge deutlich zu verkürzen und Wettbewerber zuzulassen. Das Kartellamt hofft jetzt auf sinkende Gaspreise.

Der Bär ist tot

Kränze gewunden hätte die verängstigte Landbevölkerung noch vor 150, 200 Jahren dem Jägersmann, der eine Gegend von der Geißel schädlichen Raubzeugs befreite. Noch weiter zurück findet sich der Ritter Georg, heilig, weil er den Drachen sticht. – Nicht solche Gefühle hat der staatlich angeordnete Abschuss des aus dem Trentino zugelaufe-

BRAUNBÄRJAGD IN KROATIEN



Saison: März/April, Oktober/November bei Vollmond

Land: KROATIEN

Gebiet: Zentralkroatien

Programmbeschreibung: Bären werden in Gebieten zwischen Bosnien und Slowenien, gejagt. Jagd spielt sich mit Köder, der auf den Bär in Vollmondnächten wartet. Der Jäger schießt vorsichtig auf den Bären nachdem es ihm Wildhüter signalisiert werden. Bären sind mit einer Goldmedaille überzogen. Punkte kann prole erlegen werden.

Bär und Tourismus: ein Minderheitenprogramm, hier aus einem Angebot der Firma safariinternational.

nen Bären JJ1, alias Bruno, ausgelöst. Wieso, das ist leicht zu erfühlen, aber schwer zu erklären. Eine Möglichkeit: Das wild streifende Tier lässt in uns domestizierten, stallgefütterten, nach allen Seiten hin eingezäunten Zivilisationsmenschen das Gefühl ungebundener Freiheit aufleben. Dafür sind wir dankbar. Der Bär ist uns sympathisch. Aber halt: Sympathisch ist der gedachte Bär, wie er als Wunschvorstellung durch die Gedankenwelt des zivilisierten Menschen streift, der in einem Umfeld lebt, in das der Bär nicht vordringen wird. Diese Denkfigur ist von einem wirklichen Bären, der unter der Rotwand Schafe reißt, scharf zu unterscheiden.

Längst ist die Alpenbevölkerung von der Jagd über die Viehzucht zur Touristenhaltung übergegangen. Normalweise vergrämt die Touristenhaltung Pflanzen und Tiere aller Art, auch die Bären. Ohne Zweifel war JJ1 eine Ausnahme, trotz Lärm, Straßen und Zäunen bereit, sich mitten im Tourismusgeschäft zu platzieren. Nach seinem ganzen bisherigen Auftritt konnte dieses Tier mit nur ein oder zwei spielerischen Prankenbewegungen die Verhältnisse umkehren. Dann hätte sich gezeigt, dass der Tourist, gerade der so wichtige weibliche, Junge führende, sehr leicht vergrämt werden kann. Genügt hätte schon eine einzige Verwechslung eines Kinderwagens, in dem jemand an einem Fläschchen mit Honigmilch nuckelt, mit einem Bienenkorb – vom Standpunkt des Bären aus ein kleines Versehen.

Möglicherweise war neben gesteigerter Aufmerksamkeit und Neugier bereits Unruhe und auch schon Vergrämung der Touristenherde anzumerken. Denn Hand aufs Herz: Vorsicht ist die Mutter der Porzellankiste ...

Nach dem schnellen, medial effektvoll inszenierten Abschuss dürfen wir Bergwanderer uns wieder sicher fühlen, romantische Gefühle können auch durch eine Umgebung geweckt werden, in der es Bären geben könnte oder gegeben hatte.

Die Staatsregierung wird mit der populären Kritik leicht fertig werden. Wenn der nächste Bär weiß, was sich gehört, wird man ihn scharf kontrolliert leben lassen.

maf

Große Koalition plant Neujustierung der Geldströme – über Qualität wird nicht gesprochen

Der Markt für Dienstleistungen, die im weitesten Sinne der Wiederherstellung und Pflege des körperlichen Wohlbefindens dienen, wird, wie allgemein angenommen, in den nächsten Jahrzehnten weiter wachsen. Die Finanzierung dieser Dienstleistungen läuft über die privaten Haushalte, über die Versicherungen und über die steuerfinanzierten öffentlichen Haushalte. Diese verwirrende Form hat sachliche Gründe.

Über die privaten Haushalte muss ein Teil dieser Ausgaben laufen, weil die Grenze zwischen medizinischen Dienstleistungen zum privaten Konsum fließend ist. Die Festsetzung solcher Grenzen ist Sache des Gesetzgebers oder der Versicherten. Zur Entscheidungsfindung sind medizinische Informationen nötig, aber auch soziale Vorgaben.

Ein anderer Teil der Ausgaben muss über die öffentlichen Haushalte finanziert werden, da Aufgaben der allgemeinen Vorbeugung und Hygiene nur als öffentliche Güter finanziert werden können. Augenscheinlich wird das bei den nach wie vor nicht vollständig beherrschbaren Infektionskrankheiten. Sie überspringen gesellschaftliche Schranken und schaffen eine gemeinschaftliches Interesse an gesunden, hygienischen Zuständen. Ähnliches gilt für den weiten Bereich des Verbraucherschutzes.

Zwei-Klassen-Medizin nicht legitimiert

Eine ökonomische Besonderheit bietet der Bereich der Vorsorge für den Krankheitsfall. Der weite Bereich der Finanzierung des Lebensunterhaltes bei kürzerer, längerer oder dauerhafter Arbeitsunfähigkeit muss nach den Verfahren der Unfall- und Rentenversicherung kalkuliert werden. Die Eintrittswahrscheinlichkeit ist ein aus gesellschaftlichen Daten erreichbares Risiko. Die Ansprüche stehen in einem Verhältnis zum vorher erzielten Einkommen und den daraus abgeleiteten Prämienzahlungen. Über diesen Verhältnismaßstab regt sich in der Öffentlichkeit kaum jemand auf. Er bildet halt die sonst in der Lebensführung auch festzustellende soziale Schichtung ab.

Das ist im Fall der Behandlung von Krankheiten ganz anders. Zwar ist auch hier das Risiko berechenbar, aber das Maß der Behandlungskosten soll sich nach allgemeiner Übereinstimmung nicht aus der finanziellen Leistungsfähigkeit des konkreten Patienten ergeben, sondern aus dem Stand der medi-

zinischen Wissenschaft und Technik. Die anerkannt wirksamen Methoden zur Wiederherstellung der Gesundheit bzw. zur Linderung des Leidens sollen allgemein zur Verfügung stehen. Die soziale Gegebenheit der Zwei-Klassen-Medizin wird bestritten, kritisiert, geleugnet, jedenfalls aber nicht legitimiert. Da es bei der Behandlung von Krankheiten nicht nur gedanklich zugespitzt, sondern sehr real und häufig um das nackte (Über)leben geht, müssen Gründe gegen das gleiche Recht auf Leben aufgefahren werden. Selbst im Grenzbereich des Sterbeprozesses ist es sehr schwer, den Punkt zu bestimmen, an dem gewisse weitere Behandlungen den Charakter einer Hilfeleistung verlieren. So ist es zwar praktisch möglich, Gesundheitsdienste nach dem sozialen Status des Patienten zu leisten oder zu lassen, begründbar ist es nicht, sondern skandalös, und so kann Zwei-Klassen-Medizin auch nicht in systematische Vorschriften, Gesetze, Verordnungen politisch umgesetzt werden.

Problem: Mitversicherung von Kindern und Ehegatten – soll das bezahlt werden, von wem?

Die Vorsorge für den Krankheitsfall durch Beitritt zu einer Versicherung kann sehr gut als gesetzliche Pflicht jedes Einzelnen begründet werden. Aufgrund der vielfältigen Sozialbeziehungen ist der persönliche Gesundheitszustand nicht einfache Privatsache. So

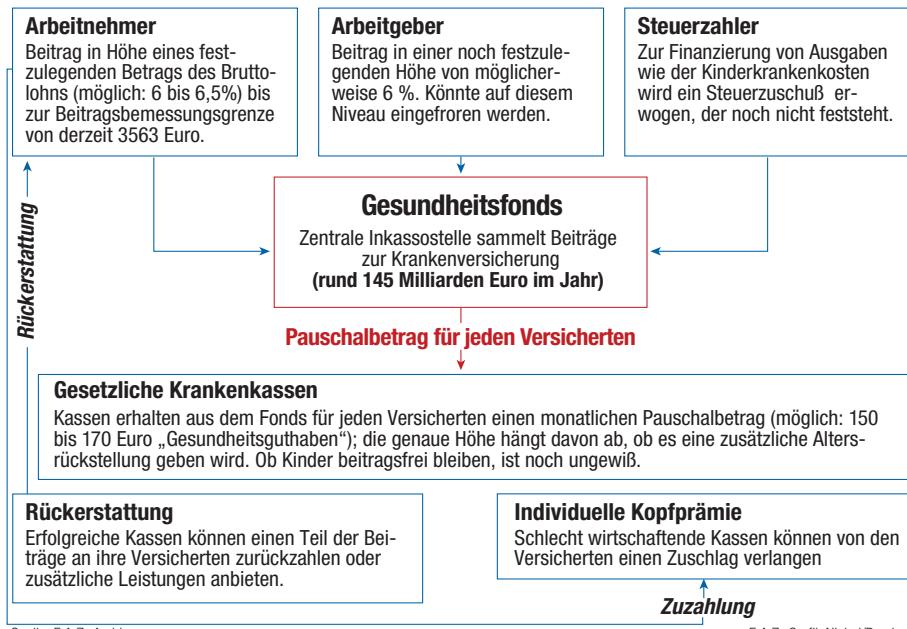
sind besonders ältere Menschen auf die Erhaltung ihres Gesundheitszustandes bedacht: Sie wollen niemandem zur Last fallen. So ist es auch in anderen Lebenslagen. Die Erhaltung des Gesundheitszustandes gilt als legitime Pflicht, der angemessen nur nachkommen kann, wer Vorsorge trifft. Die Vernachlässigung des eigenen Zustandes, die aus mangelnder Vorsorge mit Wahrscheinlichkeit folgt, betrifft legitime Interessen der Mitmenschen.

Die Form der Versicherung ist für diese notwendige Vorsorge angebracht, weil sie im gesellschaftlichen Durchschnitt kalkulierbar ist, für die konkrete Einzelperson aber unklar, ob dieses Risiko sie überhaupt trifft bzw. wenn schon, in welchem Lebensabschnitt.

Ein solches Risiko kann durch individuelle Vorsorge (Rücklagenbildung) offenbar nicht angemessen abgesichert werden. Der Risikofall könnte eintreten, bevor überhaupt Rücklagen gebildet werden könnten. Auch können die Behandlungskosten die individuellen Vorsorgemöglichkeiten bei weitem übersteigen.

Die Organisation der Vorsorge in der Form der Versicherung führt zu einer Ökonomisierung der Rücklagenbildung. Um sich vergleichbar abgesichert zu fühlen, müsste jeder Einzelne ganze andere Summen als private Rücklage für den Krankheitsfall ansparen. Der Ökonomisierungseffekt ist so gewaltig, dass die Versicherungsfonds

So funktioniert der Gesundheitsfonds



über die schiere Versorgung hinaus die Entwicklung des medizinischen Angebots erlauben.

In der BRD war die tragende Säule der Krankenversicherung die von Lohnabhängigen und Arbeitgeber je zur Hälfte, proportional zur Lohn- bzw. Gehaltshöhe gezahlte gesetzliche Krankenversicherung.

In dieser vorgefundenen Form der Versicherung sind zwei Spezialitäten enthalten, die sich nur historisch erklären lassen. Es geht um die „Mitversicherung“ der Ehegatten und der Kinder. Diese stammt aus einer Zeit, in der Arbeiterlohn als „angemessener“ Lohn eines „Ernährers“ den Unterhalt einer Familie finanzieren sollte. Ein derartiges Lohn- oder Gehaltseinkommen wird heute nur noch bei sog. Besserverdienenden erzielt. In allen anderen Fällen müssen beide Ehegatten auf den Arbeitsmarkt, und falls Kinder da sind, ist das Kindergeld unverzichtbar. So hat sich in der aktuellen Diskussion ein Konsens herausgebildet, dass die automatische „Mitversicherung“ der Kinder zu beenden ist. Stattdessen soll die Gemeinschaft der Steuerzahler für die Versicherungskosten der Neuankömmlinge aufkommen. Gegen dieses Verfahren regt sich bei der Gemeinschaft der Steuerzahler kein Widerstand, so wie übrigens auch am Kindergeld kaum Kritik geübt wird. In diesem Punkt wenigstens ist eine „Kinderfeindlichkeit“ der heutzutage überwiegend kinderlosen Privathaushalte nicht festzustellen.

Unklar ist, was aus der Mitversicherung der Ehegatten werden soll. Eine Finanzierung der Versicherung der verheirateten Hausfrau durch die Gemeinschaft der Steuerzahler wäre, einmal thematisiert, ziemlich schwierig zu begründen. Da es andererseits, besonders in der älteren Generation und auf dem Lande, die Lebensform der vom Einkommen des Gatten abhängigen Ehefrau gibt, oft in ererbten oder mühsam abgeknepstem Wohneigentum, würde die Ausdehnung der Versicherungspflicht nicht nur reiche Leute treffen, sondern in sehr einfache Lebensverhältnisse scharf einschneiden.

Problem: „Riskante“ Lebensführung

Versicherungen bringen die Menschen, die ihnen angehören, in eine soziale Beziehung, die über die von bloßen Geschäftspartnern hinausgeht. Sie alle sind durch ein doppeltes Interesse verbunden: Sie möchten den Risikofall abgesichert sehen, und es ist sonnenklar, dass sie die Wahrscheinlichkeit, dass aus dem Risiko ein Unfall oder Krankheitsfall wird, minimieren möchten. Dies Interesse an der Minimierung des Risikos setzt ein Interesse an Einzelheiten der Lebensführung und auch der Biografie. So hat sich z.B. bei der gesetzlichen Haftpflichtversicherung der Kfz-Verkehrsteilnehmer eine Prämienge-

staltung durchgesetzt, die das Risiko-verhalten der einzelnen Versicherten reflektiert. Da hier sowieso der Schaden versichert wird, den der Versicherte anderen zufügt, hat sich in diesem Fall zu dem Interesse an Minimierung der Kosten das Interesse an Verkehrsberuhigung gesellt. Im Fall der Krankenversicherung wirkt hauptsächlich das Kostenargument, und im Hintergrund reißt die Debatte nicht ab, ob die Versichertengemeinschaft wirklich dafür aufzukommen habe, dass sich jemand besonders riskant verhält, sei es durch Rauchen, sei es durch den in dieser Hinsicht unglaublich teuren, weil verletzungsintensiven Fußballsport; immer geht es um eine Einmischung in Einzelheiten der Lebensführung.

Versicherungspflichtgrenze sowie Unterschiede in der Versicherungspflicht je nach Beschäftigungsart.

Die Ausdehnung der gesetzlichen Versicherungspflicht auf alle Arten der Beschäftigung und die Aufhebung der Versicherungspflichtgrenze ist eine Tendenz in der Diskussion. Auf diesem Wege würden sich die Finanzierungslücken durch Durchgriff auf die Einkommen von „Besserverdienenden“ oder auch direkt „Reichen“ schon schließen lassen.

Wie kann man überhaupt den gegenwärtigen Zustand erklären? Wenn man davon ausgeht, dass die Menschen unabhängig von ihrem Einkommen eine ihrem Krankheitsfall angemessene Behandlung erfahren sollen, weil jeder



Problem: Abkopplung von den Arbeitskosten

Bei der Neugestaltung der Krankenversicherung ist die Abkopplung von den Arbeitskosten ein vielbesprochener Punkt. Der geschichtliche Grund dieser Konstruktion war ein politisches Ziel. Aus der Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus war unstrittig, dass die Entwicklung der Industrie dazu tendiert, die Gesundheit der Bevölkerung zu untergraben, und zwar nicht nur in dem Bereich der offensichtlichen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten, sondern auch mit Blick auf den Allgemeinzustand, der durch Überanstrengung und unzureichende Kaufkraft untergraben wurde. Die sog. paritätische Finanzierung der Krankenversicherung setzte bei den Wirtschaftsverbänden ein Interesse an der Erhaltung des Gesundheitszustandes der arbeitenden Klassen. Dieser wichtige Punkt ist auch heutzutage nicht bedeutungslos geworden. Andererseits verschieben sich die Proportionen zwischen den Beschäftigungsarten. Der Anteil der versicherungspflichtig beschäftigten Lohnabhängigen nimmt ab.

Auf diese Entwicklung könnte der Gesetzgeber auf verschiedene Weise reagieren. Da ist zunächst einmal die

Einzelne das gleiche Recht auf Leben hat, lässt sich dem auf der Kostenseite ein Pro-Kopf-Durchschnitt gegenüberstellen. Weichen die tatsächlich gezahlten Beiträge von diesem Durchschnitts-Betrag allzu sehr ab, kann dieses Umlageverfahren nicht mehr als Versicherung funktionieren. Es muss mit politischer Gewalt durchgesetzt werden und gewinnt damit den Charakter einer Steuer. Es ist interessant, dass eine gewisse Bandbreite gesellschaftlich akzeptiert wird. Die Versicherungspflichtgrenze (zur Zeit liegt sie bei einem Bruttojahreseinkommen von 42.750 Euro) drückt diese Gegebenheit aus, gestützt auf die Möglichkeit, zu einem privaten Versicherung zu wechseln. Viele Menschen gehen diesen Weg nicht. Ein wichtiger Grund dafür ist, dass die privaten Kassen eine Offenlegung vielfältiger biografischer Daten fordern und ihre Tarife an individuelle zuordnbare Risiken anschmiegen. Das kann selbst bei formal gleichen Prämienbedingungen durch Nichtaufnahme hoher Risiken bzw. durch gezielte Werbung günstiger Risiken erreicht werden.

Keine Mehrheit für „einfach und radikal“

Aus diesen Gründen ist schon verständlich, dass eine Änderung der Finanzie-

nung der historisch gewachsenen Krankenversorgung nicht durch die gedanklich freilich einfacheren radikalen Lösungen erreicht werden kann. Der einen radikalen Lösung, dem so genannten „Prämiensystem“, hatte die Währerschaft eine Absage erteilt. Für eine extreme Anhebung oder gar Aufhebung der Versicherungspflichtgrenze und eine Ausweitung der Versicherungspflicht auf alle gibt es ebenfalls keine Mehrheit.

Wohin die jetzt in der Mache befindliche Lösung das Gesundheitswesen steuern wird? Vorteilhaft ist die Beendigung der „Mitversicherung“ von Kindern, und angemessen, dass die Kosten von der Gemeinschaft der Steuerzahlenden aufgebracht werden. Wie schon gesagt, unklar ist, wie die überholte Regel von der Mitversicherung der Ehegatten abzulösen wäre, ohne dass Menschen in Lebensumständen, die sie praktisch gar nicht mehr umstellen können, unerträglich belastet werden.

Vorteilhaft ist ebenfalls, dass eine Beteiligung der Arbeitsgeber an den Kosten für die Pflichtversicherung erhalten bleibt. Die Folgen ihres Handelns für den Gesundheitszustand der Bevölkerung können ihnen in der Sprache der Kosten weiterhin verständlich gemacht werden, was sonst viel schwieriger wäre.

Die Offenlegung einer Rechengröße, die mit Pro-Kopf-Kosten zu tun hat, ist ebenfalls von Vorteil, auf diese Größe können sich die Anbieter von Gesundheitsdienstleisten ebenso beziehen wie auch die Kassen.

Soll es weiterhin „private“ Krankenkassen geben? Praktisch ist so gut wie sicher, dass die Menschen in mittleren Einkommenslagen sich diese Möglichkeit nicht nehmen lassen werden. Man kann diesen Sachverhalt kritisieren, es kann aber auch klug sein, darin eine Chance zu sehen für die Entwicklung spezifischer Nachfrage- und Leistungsprofile.

Zum Schluss: In der gesamten Nachkriegszeit der BRD ist es nicht gelungen, aus den formell vorhandenen Möglichkeiten der Selbstverwaltung der gesetzlichen Krankenkassen etwas zu machen. Es wäre wohl nicht richtig, das vor allem den Menschen anzurechnen, die sich in solche Selbstverwaltungsgremien wählen ließen. Das gewaltige Interesse des breiten Publikums an der Entwicklung des Gesundheitswesens hat sich mit der ebenfalls gewaltigen Nachfragemacht der großen Krankenkassen nicht gefunden. Das mag dazu beigetragen haben, dass jetzt fast ausschließlich diskutiert wird, was das ganze kosten darf und über welche Kanäle das System finanziell befüllt wird. Ziele mit Blick auf die Qualität kommen so gut wie nicht zur Sprache.

maf, alk

EU-Kampftruppen auf dem Weg in den Kongo

Neuer Kolonialkrieg mit deutscher Beteiligung

Die Bundeswehr bereitet sich auf ihren Einsatz im Kongo vor. Innerhalb der nächsten zwei Wochen sollen die EU-Kampftruppen, die auf der Grundlage eines UN-Mandats die „Wahlen im Kongo absichern“ sollen, auch unter Anwendung von Gewalt, so der Auftrag, voll einsatzbereit sein. Unter den über 2000 Soldaten sind 780 Bundeswehrsoldaten. Erstmalig hat die Bundesrepublik mit ihrem Einsatzführungszenrum in Potsdam die militärische Führung eines EU-Einsatzes übernommen. Insgesamt wird die EU 800 Soldaten im Kongo, vor allem in der Hauptstadt Kinshasa, stationieren, die übrigen im benachbarten Gabun in Bereitschaft halten. Außerdem kann der Oberkommandierende, Generalleutnant Viereck, auf eine „strategische Reserve“ von 1500 bis 2000 Soldaten zurückgreifen.

Am 1. Juni hat der Bundestag der Kongo-Mission mit einer Mehrheit von 440 Ja- gegen 135 Nein-Stimmen bei sechs Enthaltungen zugestimmt. Einzig die Linksfraktion stimmte geschlossen dagegen, die Grünen mehrheitlich dafür, die FDP mehrheitlich dagegen. Nein-Stimmen kamen auch aus der CDU/CSU und der SPD. Seltener war ein Einsatz quer durch alle Fraktionen – die Linke nicht ausgeschlossen, hier gab es durchaus die Neigung einiger Abgeordneter, den Militäreinsatz nicht abzulehnen – so kontrovers diskutiert worden.

„Wir haben Interessen in Afrika“

Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion von Klaeden brachte in der Bundestagsdebatte das deutsche Interesse am Einsatz der EU-Truppen so auf den Punkt:

„Wir haben Interessen in Afrika. Wir haben das Interesse, dass es zu einer guten Regierungsform, zur Stabilisierung und zur Einhaltung der Menschenrechte kommt. Wir haben aber auch das Interesse, dass es in einem Land wie dem Kongo zu einem Abbau von Rohstoffen kommt, die der eigenen Bevölkerung zugute kommen, dass es nicht zu einem Raubbau kommt, dass der Reichtum des Kongo nicht zu einem Fluch für die Bevölkerung wird, dass die Korruption nicht befördert wird und dass die Menschen dort von den Reichtümern ihres Landes profitieren.“

Wir haben aber auch ein Interesse daran ..., dass die Rohstoffe nach einem fairen Verfahren so abgebaut werden, dass sie auch von Ländern wie der Bundesrepublik Deutschland

genutzt werden können. Gerade wir, die wir in einem rohstoffarmen Land leben, das Exportweltmeister ist, haben an diesen beiden Elementen ein enormes Interesse. Deswegen ist es wichtig, den Kongo und andere rohstoffreiche Staaten in ein faires internationales System einzubinden, in dem die Rohstoffe, die in ihren Ländern abgebaut werden, auch ihrer eigenen Bevölkerung zugute kommen können.“¹

Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Kolbow ergänzte:

„Es ist in den vergangenen Wochen immer wieder auf die strategische Bedeutung des Kontinents Afrika und des Kongo hingewiesen worden. Ich will dies heute noch einmal hervorheben: Der Kongo ist das Schlüsselland für die Stabilisierung nicht nur der Region der Großen Seen. Präsident Mbeki (Südafrika – Red.) sagt: „Der afrikanische Kontinent wird sich nur stabilisieren lassen, wenn es gelingt, den Kongo zu stabilisieren.“ So wird die Möglichkeit zu einer friedvollen Entwicklung in der Demokratischen Republik Kongo nicht nur positive Auswirkungen für die Menschen dort, sondern auch darüber hinaus haben können. Die Interessenlagen der Afrikaner und der internationalen Gemeinschaft stehen dabei im Einklang.

Deutschland hat ein sicherheitspolitisches Interesse an einer erfolgreichen Stabilisierung des Kongo nach dem Grundsatz der europäischen Sicherheitsstrategie. Wir müssen vor Ort die Probleme angehen, bevor die Probleme zu uns kommen.“

Sein SPD-Kollege Weisskirchen schließlich fasste die Gründe für den Militäreinsatz so zusammen:

„Die Stabilität Afrikas kann nur durch die Stabilität des Kongo hergestellt werden. Das ist ein langwieriger Prozess, ein Prozess, der auf Jahre angelegt sein wird. (...) Aber damit er vervollständigt werden kann, damit die Gewaltökonomie von einer Friedensökonomie abgelöst werden kann, braucht der Deutsche Bundestag jetzt den Mut, dem Mandat zuzustimmen.“

Die kongolesische Kriegsökonomie

Trotz des vor einigen Jahren eingeleiteten Friedensprozesses, der durch die UN-Blauhelm-Mission MONUC mit 16.000 Soldaten überwacht wird, ist die Situation im Landes mehr als fragil. Immer noch sterben täglich schätzungsweise 1000 Menschen an den Folgen des

langen und blutigen Krieges, der das Land verwüstet hat. Ausbrechende Epidemien, wie jetzt die Lungenpest in Ituri, wüten unter der Bevölkerung. Immer wieder flammen vor allem in den rohstoffreichen Unruheregionen Katanga, Ituri und Nord-Kivu Kämpfe auf. Schwere Menschenrechtsverletzungen sind an der Tagesordnung. Die zahllosen Milizen der verschiedenen Warlords sind nur zum Teil aufgelöst, sie sind gewaltbereit und jederzeit mobilisierbar. Die durch den langen Krieg verrohten „regulären“ Truppen werden kaum bezahlt, ihre Lebensbedingungen sind so katastrophal, dass sie von Plünderungen, Rohstoff- und Waffenschmuggel leben.

Das Verhängnis des Kongo ist sein natürlicher Reichtum², seine großen Vorkommen an Diamanten, Gold, Kupfer, Kobalt, Germanium, Coltan, Erdöl, Holz ... Aber obwohl die Demokratische Republik Kongo eines der rohstoffreichsten Länder überhaupt ist, zählt sie zu den zehn ärmsten Ländern der Welt. Die Staatseinnahmen belaufen sich auf 560 Mio. US-\$, vergleichbar einer kleineren deutschen Großstadt, und davon sind 57% international finanziert. Das macht deutlich, dass die staatlichen Strukturen völlig zerstört sind. Die Infrastruktur ist zerfallen, asphaltierte Straßen existieren selbst in Kinshasa kaum, geschweige denn im Land; und obwohl der Kongo mit seinen nahezu unerschöpflichen Wasserkraftpotenzialen potenziell sogar die ganze Region mit Energie beliefern könnte, gibt es seit langem keine halbwegs stabile Stromversorgung mehr. Die industrielle Produktion tendiert gen Null, und die Landwirtschaft ist weitestgehend Subsistenzwirtschaft.

2004 gab es mit dem Lutundula-Bericht³ einen bemerkenswerten Versuch zu ermitteln, wohin eigentlich die Einnahmen aus der Ausbeutung der kongolesischen Rohstoffe fließen, wenn nicht in die Entwicklung des Landes und in den Staatshaushalt. Dieser Bericht legt zugleich die zentralen Ursachen der Bürgerkrieges offen.

Schon unter Mobutu wurde die kongolesische Wirtschaft zu einer regelrechten Raubwirtschaft; mithilfe der Staatsgewalt bereicherte sich der diktatorisch herrschende Mobutu an der Verschleuderung der Rohstoffe an die internationalen Konzerne, und dieses System der Bereicherung wurde seither so ausgebaut, dass sich Interessierte – andere Staaten oder internationale Konzerne – de facto Warlords und ihre Milizen kaufen können; die einen erhalten Konzessionen, die anderen können sich bewaffnen.

Das Regime Kabila, das das Regime Mobutu ersetzte, hat zum Beispiel 70% der Aktiva der staatlichen kongolesischen Monopolgesellschaft Gécamines an private internationale Bergbauges-

sellschaften verhökert und damit ein privates Vermögen sondergleichen aufgehäuft. Gécamines ist heute nicht mehr als eine leere Hülle. Damit einher ging die Zunahme eines schwer vorstellbaren Individualbergbaus. Rund 60.000 meist junge Männer graben in Katanga unter unsäglichen Bedingungen nach Kupfer, das dann über Händler zur Veredelung nach Sambia gebracht wird und dann weitgehend nach China gelangt. Auf ähnlichen Weise landet das Kupfer-Koppelprodukt Kobalt, das für Spezialallegierungen für Flugzeug- und Kraftwerksturbinen wichtig ist und bei dem der Kongo zu den beherrschenden Produzenten gehört, in China. Auf den kongolesischen Diamantenfeldern arbeiten ebenfalls Hunderttausende auf eigene Rechnung, die zumeist bei weniger als einem Dollar/Tag liegen, nach Industriadiamenten, die durch ein dichtes Händlernetz vor allem libanesischer Familien auf den Weltmarkt gelangen.

Auch Nachbarländer verfolgen ihre eigenen Interessen bei der Ausbeutung



In einer durch den Krieg zerstörten Schule wird der Unterricht wieder aufgenommen.

kongolesischer Rohstoffe. Uganda gilt als wichtigster Nutznießer der Ausbeutung der Goldreserven in der Provinz Ituri. Obwohl das Land 2004 selbst Gold im Wert von nur 9 Mio. \$ förderte, exportierte es Gold im Wert von 60 Mio. Ruanda unterhielt Milizen in den Kivu-Provinzen und bezog mit ihrer Hilfe große Mengen am Zinnerz Kassiterit.

Die Beispiele lassen sich auch für die internationalen Bergbaugesellschaften nahezu endlos fortsetzen. Der südafrikanische Bergbaukonzern AngloGold erkaufte sich die Sicherheit seiner mit Kabilia vereinbarten Konzession für die Goldmine Mongwalu im Bürgerkriegsgebiet Ituri von der örtlichen Miliz. Ähnlich bediente sich der australische Konzern Anvil Mining marodierender Truppenteilen, die bei der Rückerobierung einer zuvor von Anvil ausgebeuteten, dann von „Rebellen“ eroberten Mine ein Massaker mit über 70 Toten anrichteten. Der US-Konzern Phelps Dodge, inzwischen weltweit größter Kupferproduzent, erwarb für lächerliche 15 Millionen 85% der Schürfrechte für die bislang unberührten Kupferreserven in

der in der Region Tenke-Fungurume in Katanga; die dort nachgewiesenen Reserven haben nach heutigen Weltmarktpreisen einen Wert von 90 Milliarden Dollar.⁴ Hinzu kommt, dass die Unternehmen meist für eine lange Periode bis zu 30 Jahren von Steuern und Abgaben befreit wurden; irgendeiner staatlichen Kontrolle unterliegen sie ohnehin nicht.

Diese Art Geschäfte mit den natürlichen Ressourcen des Kongo hat zur Finanzierung eines der blutigsten Kriege beigetragen. Die Ablösung der Gewaltökonomie durch eine Friedensökonomie, die der SPD-Abgeordnete verlangt, ist für die Stabilisierung und Entwicklung des Kongo dringend wie nichts anderes – aber der militärische Einsatz der EU ist nicht nur ein untaugliches Mittel, sondern ein Mittel, das das Gegenteil bewirkt.

Der Abgeordnete Norman Paech begründete in der Bundestagsdebatte die Ablehnung der Linkenfraktion so:

„Wir bestreiten nicht die Ernsthaftigkeit all der Gründe, sich in Afrika zu engagieren. Auch ökonomische Interessen sind legitim. Wir sind aber dagegen, dass das Militär dabei eine Rolle spielt. (...) Ich frage Sie: Was haben wir denn eigentlich aus den sich rapide verschlechternden Verhältnissen in Afghanistan und dem Irak gelernt? Sehen Sie nicht, dass militärische Gewalt immer nur weitere Gewalt erzeugt und eben nicht Demokratie, allenfalls eine seltsame Abart von Demokratie?“

Man kann mit dem Militär natürlich eine Stadt für die Wahltag und die Wochen danach in einen Ausnahmezustand versetzen. Das kann das Militär leisten. Aber was kommt dann? (...) Steht uns hier vielleicht ein Einsatz von den Ausmaßen wie dem in Afghanistan ins haus? Das kann niemand voraussagen.“

Der Kongo gehört zweifelsohne zu den rohstoffreichsten Regionen der Welt. Da gibt es auch keinen Einwand, wenn Sie fordern ..., dass der Abbau dieser Ressourcen nach marktwirtschaftlichen Aspekten erfolgt. Wenn Sie damit aber den Einsatz des Militärs begründen, fragt man doch nach der Rolle des Militärs bei der Herstellung des freien Marktes.“

Wolfgang Gehrke forderte

„mehr Hilfe für den zivilen Aufbau, den Aufbau der Verwaltung, der Kommunen, der Polizei und einer eigenständigen Wirtschaft. [Der Kongo] braucht Hilfe zur Selbsthilfe. Wir von der Fraktion Die Linke würden die 60 Millionen Euro, die auf Kosten der Steuerzahler für den Militäreinsatz

aufgebracht werden sollen, mit Freude für den zivilen Aufbau im Kongo einsetzen.“

Wahrscheinlich wäre es für die Herstellung friedlicher Verhältnisse im Kongo sehr hilfreich, könnte international eine Annulierung oder Neuverhandlung der im Bürgerkrieg mit Bürgerkriegsparteien ausgehandelten Verträge erzwungen werden, wie es der Lutundula-Bericht zumindest teilweise fordert.

Zur „Rolle des Militärs bei der Herstellung des freien Marktes“

Wenige Wochen vor Beginn des EU-Kongo-Einsatzes führt die neue Eingreiftruppe der Nato mit 7000 Soldaten ihr erstes Manöver auf dem afrikanischen Kontinent durch. Beim sechswöchigen Manöver auf den Kapverden geht es wesentlich um die Verlegung über große Entfernung in eine schwierige Umgebung⁵. Das Szenario: ethnische Konflikte in einem afrikanischen Land, ein Krieg um die Kontrolle natürlicher Ressourcen zwischen vier Ländern in Afrika. „Im 21. Jahrhundert müssen wir Stabilität über große Distanzen projektiert können“, wird Nato-Generalsekretär De Hoop Scheffer über die „neue Nato“ zitiert. Im neuen Bundeswehr-Weißbuch, das bis Jahresende veröffentlicht werden soll, wird als zentrale Leitlinie zukünftiger Auslandseinsätze einer Vorabveröffentlichung der Welt (12.5.) zufolge „die Förderung der transatlantischen Stabilität und die Sicherung des Wohlstandes durch freien und ungehinderten Welt Handel“ genannt, und wörtlich: „Hierbei gilt es wegen der Export- und Rohstoffabhängigkeit Deutschlands, sich besonders den Regionen, in denen kritische Rohstoffe und Energieträger gefördert werden, zuzuwenden.“⁶ *scf*

1 Die Bundestagsdebatte vom 1.6. ist dokumentiert unter: www.friedensratschlag.de

2 Das ist so, seit der heutige Kongo mit Europa, mit dem Westen in Kontakt gekommen ist. Die Ausplündерung durch den belgischen König Leopold II, der den Kongo, sanktioniert durch den Berliner Kongress 1885, zu seiner Privatkolonie machte, hat die Bevölkerung um 10 Millionen reduziert. Die Ausplündierung wurde fortgesetzt während der belgischen Kolonialherrschaft bis 1960. Zur Sicherung des Zugriffs auf die Rohstoffe, damals vor allem Kupfer, ließ man den ersten gewählten Präsidenten Lumumba 1961 ermorden.

3 Auf Initiative einiger mutiger Politiker, u.a. des Oppositionellen Lutundula, untersuchte eine Kommission die in den Kriegszeiten abgeschlossenen Staatsverträge. Der Bericht wurde bezeichnenderweise lange unterdrückt und erst jetzt der Öffentlichkeit bekannt.

4 Siehe ausführlich: Albrecht Conze, Neue Kolonialherren, April-Ausgabe der Zeitschrift Internationale Politik; Lühr Henken, Wahlen im Kongo – Aufgabe für die Bundeswehr, www.friedensratschlag.de

5 Afghanistan im Atlantischen Ozean, FAZ, 26.6.06

6 zitiert nach Lühr Henken, a.a.O.

„Wir lehnen kriegerische Handlungen gegen unser Land entschieden ab“

Auszug aus einem Interview mit Ebrahim Madadi vom Vorstand der illegalen Teheraner Busfahrergewerkschaft Vahed

Wir berichteten mehrfach über die staatlich nicht anerkannten Busfahrergewerkschaft Vahed, die im Teheraner Raum rund 8000 der 16.000 Beschäftigten des öffentlichen Nahverkehrs organisiert. Einen Streik vor allem für Lohnerhöhungen beantwortete der Staat mit der Verhaftung mehrerer Mitglieder des Gewerkschaftsvorstandes, sie wurden erst nach weiteren Protestaktionen wieder freigelassen, bis auf den Vorsitzenden Mansour Ossanloo. Bei einem weiteren Streik Ende Januar für die Erfüllung der gegebenen Zusagen und die Freilassung von Mansour Ossanloo wurden an die hundert Beschäftigte verhaftet und bis zu zwei Wochen inhaftiert. In einem Interview mit Nick Brauns berichtet das Vorstandsmitglied Madadi:

Momentan sind 180 Arbeiter, denen die Teilnahme am Busfahrerstreik vorgeworfen wird, arbeitslos. Sie erhalten keinerlei Lohn oder Unterstützung. Anfragen, die wir an das Arbeitsministerium geschickt haben, werden nicht bearbeitet. Das Büro der Gewerkschaft wurde auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft geschlossen. Die Unterlagen und Papiere von 16 verhafteten Angehörigen der Verkehrsbetriebe, ebenso von zwei weiteren Personen und von Ossanloo wurden an das 14. Revolutionsgericht weitergeleitet ... wir stehen unter strengster Überwachung. Sobald wir in der Nähe unseres Arbeitsplatzes auftauchen, sind Polizeikräfte vor Ort um uns zu kontrollieren.

Mansour Ossanloo befindet sich immer noch in Haft. Wie ist seine Situation?

Die Rechtsanwälte von Mansour Ossanloo durften ihn seit seiner Verhaftung nicht besuchen. Er leidet unter Augen-, Haut-, Herz- und Nierenbeschwerden. Bemühungen seiner Familie, ihn außerhalb des Gefängnisses medizinisch behandeln zu lassen, blieben erfolglos. Die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen lauten auf Propaganda gegen die herrschende Ordnung und Gründung einer Vereinigung gegen die Sicherheit des Staates. (...)

Auch prokapitalistische Kräfte haben sich öffentlich mit dem Kampf der Teheraner Busfahrer solidarisiert, darunter sogar rechte US-Senatoren. Es besteht die Annahme, daß ihre Solidarität nur vorgeschoben ist, um die internationale Kriegshetze gegen Iran zu unterstützen. Wie kann sich die Busfahrer-

gewerkschaft vor solchen falschen Freunden schützen?

Unsere Gewerkschaft betrachtet diejenigen, die den Krieg propagieren und vorbereiten, nicht als ihre Freunde und Unterstützer. Wir lehnen kriegerische Handlung gegen unser Land entschieden ab und rufen die Arbeiter auf, aufmerksam zu sein, um den Ausbruch eines Krieges zu verhindern. Niemals werden die Interessen der Arbeiter durch Krieg und Blutvergießen geschützt. Eine Folge des Iran-Irak-Kriegs war die Unterdrückung der Gewerkschaften in Iran.

Wie ist die soziale Situation der Werk tätigen im Iran?

Die iranischen Arbeiter haben in den letzten 27 Jahren etwa 45 % ihrer Kaufkraft eingebüßt. Zur Zeit beträgt der Mindestlohn der Arbeiter etwa die Hälfte des Existenzminimums. Randgebiete der Großstädte, denen die einfachsten hygienischen Mittel und Möglichkeiten für ein halbwegs normales und gesundes Leben fehlen, werden bezeichnenderweise Arbeiterviertel genannt. Millionen von iranischen Arbeiter leben und arbeiten ohne ein Minimum an rechtlichem und gesetzlichem Schutz. Arbeiterorganisationen wird eine Genehmigung für freie Betätigung verweigert.

Die iranische Regierung gilt bei einigen westlichen Linken als antiimperialistisch wegen ihres Widerstandes gegen das imperialistische Diktat im Atomstreit. Leistet das Mullah-Regime wirklich Widerstand gegen neoliberale Globalisierung?

Eine wirklich antiimperialistische Regierungen würde die Grundrechte ihrer Bürger respektieren. Diese Grundrechte basieren auf Gerechtigkeit, Freiheit und Friedfertigkeit. Jede Politik der Unterdrückung, des Abenteuerturns und der Zerstörung der Grundrechte unter antiimperialistischen Deckmantel ist zu verurteilen. Wirklich antiimperialistisch zu sein bedeutet, Grundsätze zu befolgen, die sich im realen Leben den Menschen bewähren. Der Schein-Anti-Imperialismus zeigt sich darin, daß er offen und versteckt von den imperialistischen Kreisen gedeckt wird und von ihnen Hilfen erhält.

Der Kampf gegen die neoliberale Politik muß sich von einer wissenschaftlichen, menschlichen und logischen Methode leiten lassen. Dies bedeutet die Respektierung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Rechte der Allgemeinheit, aber ganz besonders der Arbeiterinnen und Arbeiter, der Werk tätigen und anderer Lohnabhängigen, sowie der Frauen, der Studierenden und hilfsbedürftigen Kinder. Wir hoffen auf gemeinsame und gesteigerte Anstrengungen zur Verankerung von Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden überall auf der Welt. *Interview: Nick Brauns*

dazione und die außerparlamentarische Linke fürchten jedoch, dass schlussendlich nur einige besonders üble Gefängnisse geschlossen werden. Ein Appell von Journalisten, Reportern Zugang zu den Gefängnissen zu gewährende, wurde mit Hinweis auf die geplante Kommission abgelehnt. (Quelle: WoZ)

Kritische Masse

2007 werden zum ersten Mal in der Geschichte mehr Menschen in Städten als auf dem Land leben, so der eben vorgestellte Bericht „State of the World’s Cities 2006/7“ des UN-Habitat. In vielen Gebieten der Welt bedeutet Urbanisierung gleichzeitig eine Zunahme der Zahl der Menschen, die in Slums leben. Besonders schnell wachsen Städte und Slums im Afrika südlich der Sahara, in West und Süd-Asien. In Südostasien dagegen geht der Anteil der in Slums Lebenden zurück. Das Leben in Slums ist unterschiedlich, der Bericht untersucht, ob eine oder mehrere Bedingungen fehlen: Wasser, Sanitäreinrichtungen, feste Unterkünfte, Lebensraum. Die Bedingungen sind wiederum am schlimmsten im Sub-Sahara Afrika (51% fehlt mindestens eine der Bedingungen), weniger schlimm in Südostasien (26%). Daneben leben die Slum-Bewohner auch unsicher; 30 bis 50 % haben kein legales Wohnverhältnis. Zwischen 1998 und 2000 sind 4,2 Millionen Menschen vertrieben worden, zwischen 2000 und 2002 dagegen 6,7 Millionen. Die Chefin vom UN-Habitat meinte bei der Vorstellung des Berichts: „Wenn eine kritische Masse Menschen an einem Ort sind und du gibst ihnen keine Möglichkeiten, dann werden sie sich die Möglichkeiten verschaffen in einer Revolution.“ (Quelle: Welt in Umwälzung)

Nato-Manöver abgesagt, doch bleibt die Nato auf dem Vormarsch

Nach wochenlangen Protesten auf der Krim gegen ein geplantes Nato-Manöver im Schwarzen Meer – siehe PB 12 auf dieser Seite – musste der Voraustrupp von 250 US-Marinesoldaten Mitte Juni unverrichteter Dinge wieder abziehen. Der ukrainische Verteidigungsminister teilte mit, dass das für Mitte Juli geplante Nato-Manöver wegen der „politischen Situation auf der Krim und in der Ukraine leider verschoben werden“ müsse. Bush hat daraufhin seinen für den 22.6. geplanten Besuch in der Ukraine abgesagt. Doch die Bildung der „Orange Koalition“ mit Timoschenko als Premierministerin bringt die Ukraine dem Nato-Beitritt näher. Es gilt nun als sicher, dass das Land beim Nato-Gipfel im November in Riga eingeladen wird, dem Nato-„Mitgliedschafts-Aktionsplan“ beizutreten. (Quelle: ND)

Zusammenstellung: scc



„Wir sind keine Gefahr, wir sind in Gefahr!“ – Erneut haben rund 20.000 Menschen in der Brüssel für die Legalisierung so genannter „Illegaler“ demonstriert. Aus allen Städten des Landes waren Menschen mit und ohne Papiere – letztere trotz der enormen Gefährdung, festgenommen und abgeschoben zu werden – in die belgische Hauptstadt gekommen. Die Beteiligung vieler Belgier und zahlreiche eindeutige Transparente oder T-Shirts („Ich bin Belgier und stimme für die Legalisierung“) straften Innenminister Dewael Lüggen, der sich darauf beruft, dass die „Einheimischen“ die Legalisierung ablehnen. Dewael will die Asylgesetzgebung verschärfen, die Duldung der „Illegalen“ erschweren und diejenigen, die ihnen helfen, mit Gefängnis bestrafen. Ein entsprechender Gesetzentwurf wird derzeit im Parlament behandelt. Doch der Widerstand wächst. Seit Februar – wir berichteten mehrfach – fanden mehrere Großdemonstrationen statt, mehr als 40 Kirchen, Moscheen und Parteizentralen in ganz Belgien wurden besetzt, die Zahl derjenigen, die die Sans-Papiers unterstützen, nimmt Berichten der verschiedenen Unterstützer-Organisationen zufolge zu. Diese haben jetzt fünf Kriterien für die Legalisierung ausgearbeitet. Insbesondere fordern sie, dass niemand abgeschoben werden darf, der mehr als zehn Jahre in Belgien lebt, eine Familie gegründet oder eine Arbeit hat. (Quelle: Indymedia Belgien, Deutsche Welle)

Großbritannien: Inhaftierte Flüchtlinge im Hungerstreik

Über 120 Flüchtlinge, die im Abschiebegefängnis Campsfield nahe Oxford, Großbritannien, gefangen gehalten werden, sind Mitte Juni in einen Hungerstreik getreten, um gegen ihre zum Teil bis zu zwei Jahren währende Gefangenschaft ohne Prozess und die Haftbedingungen zu protestieren. Auslöser des Hungerstreiks war zum einen die verzweifelte Aktion eines somalischen Flüchtlings, der auf das Dach kletterte und sich zu töten drohte, zum anderen die Ankündigung des Betreibers, des privaten Gefängniskonzerns GEO (Wackenhut), die Ausgaben für die Gefangenen zu kürzen. Die Gefangenen schreiben in einem Brief, dass sie wie Tiere behandelt und wie Tiere durch das System der Abschiebegefängnisse hindurchgeschoben würden. Aus dem nahen Oxford wurden bisher mehrere Mahnwachen zur Unterstützung organisiert. (Quelle: Indymedia GB)

Italien: Wie weiter mit der Einwanderungspolitik?

Die zukünftige Einwanderungspolitik ist in der Mitte-Links-Regierung umstritten. Einigkeit besteht darüber, die Einwanderungsgesetze Berlusconis von 2002 abzuschaffen, die die Haftdauer in Abschiebegefängnissen von 30 auf 60

Tage verlängert, die Rechte von Abschiebegefängnissen verfassungswidrig eingeschränkt und den Zuzug für Nicht-EU-Bürger an einen Arbeitsvertrag gebunden hatten. Zum Programm gehören ferner die Schaffung eines Asylgesetzes, das kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländer und die Revision des Staatsbürgerschaftsgesetzes, das auf dem jus sanguinis basiert und die Einbürgerung sehr schwierig macht. Rifondazione fordert, dass alle in Italien geborenen Kinder automatisch die italienische Staatsbürgerschaft erhalten, die Regierungspartei Margherita will die Staatsbürgerschaft nur für Kinder ermöglichen, deren Eltern seit zwei Jahren regulär in Italien leben. Umstritten ist vor allem die Abschaffung der Abschiebegefängnisse. Rifondazione lehnt die Gefängnisse ab und will sie abschaffen. Abschiebegefängnisse waren Ende der 90er Jahre vom damaligen Innenminister und heutigen Staatspräsidenten Napolitano eingeführt worden; der jetzige Innenminister will das noch von Berlusconi beschlossene Vorhaben, die Kapazität des umstrittenen Gefängnisses in Turin zu verdoppeln, ausführen lassen. Derzeit hat man sich nur soweit verständigt, dass man die Abschiebegefängnisse „überwinden“ will. Das Innenministerium will nun die 15 bestehenden Gefängnisse durch eine unabhängige Kommission überprüfen lassen. Rifon-

DÜSSELDORF. Mit harten Maßnahmen hat am 13. Juni der verantwortliche Einsatzleiter im Düsseldorfer Polizeipräsidium einen genehmigten Friedensprotest gegen den Zapfenstreich der Bundeswehr im Benrather Schloß einkesseln lassen. Eine große Überzahl von Polizisten setzte die Friedensdemonstration von 150 Sozialbewegten, Pazifisten, Christen und Antifaschisten noch vor Beginn der Auftaktkundgebung fest, u.a. wegen mitgeführter Fußballpfife, die die „hoheitliche Veranstaltung“ der Bundeswehr stören würden. Vor Mitternacht war der Zapfenstreich im Schloß beendet, und erst jetzt öffnete die Polizei den Kessel. Die Betroffenen verabschiedeten folgende Erklärung: „Wir hatten uns hier zu einem gewaltfreien Protest gegen die öffentliche Verfeierlichung des Soldatentums und eine neue deutsche Kriegsdoktrin getroffen. Durch unsere Festsetzung hat die Polizei verhindert, dass die Benrather Bürger erfahren, was die Militär-Fackeln bei Nacht bedeuten und warum demnächst mit toten Soldaten aus Wirtschaftskriegen zu rechnen ist. An dieser polizeilichen Missachtung unserer Bürgerrechte können wir ablesen, wie radical der Verfassungsumsturz durch eine neue deutsche Militärpolitik sein wird.“ www.zappenduster-duesseldorf.de



Bündnis zum Bush-Besuch am 14. Juli in Strasund beschlossen

BERLIN. Am 10./11. Juni trafen sich VertreterInnen zahlreicher bundesweiter Friedensorganisationen und lokaler Friedensinitiativen in Berlin, um gemeinsame Aktivitäten anlässlich des Besuchs von US-Präsident Bush in Stralsund zu planen. Die Friedensbewegung vor Ort und bundesweit nimmt diesen Besuch zum Anlass,

- für den 14. Juli in Stralsund zu einer bundesweiten Demo aufzurufen,
- am Vorabend, 13. Juli, und am 15. Juli (an diesem Tag beginnt in St. Petersburg der G8-Gipfel) dezentrale Aktionen im ganzen Land zu veranstalten. Die Aktivitäten der Friedensbewegung stehen unter dem Motto: „Not Welcome, Mr. President! Bush und Merkel: Kriege beenden – Kriegsplanungen stoppen!“

www.uni-kassel.de/fb5/frieden

International Refugee Human Rights Tour 29. Juli bis 5. August

MÜNCHEN. Vom 29. Juli bis zum 5. August 2006 zieht die International Refugee Human Rights Tour durch Bayern. Unter dem Motto „Deutschland Lagerland“ wird sie darauf aufmerksam machen, dass überall in Bayern Menschen unter menschenunwürdigen Bedingungen leben müssen, dazu gezwungen durch Gesetze, Verordnungen und Ausländerbehörden. Gemeinsam werden Flüchtlinge und deutsche AktivistInnen lautstark fordern, dass eine wesentliche Verbesserung dieser Zustände einzutreten hat. Die Tour ist der bisherige Höhepunkt einer Kampagne, die sich seit 2002 gegen Abschiebelager, Essenspäckte und Lagerzwang für Flüchtlinge eingesetzt hat. Im Rahmen der Kampagne wurde auch eine Internetseite erstellt. Sie soll nicht nur für die Tour mobilisieren, sondern vor allem auch eine

Informationsquelle rund um das Lager- system in Deutschland sein. Dokumentiert werden alle gesetzlichen und gesellschaftlichen Zustände, die Flüchtlinge in Deutschland zu Menschen zweiter Klasse machen. Die Seite wird auch über die Tour hinaus bestehen und ständig ergänzt werden.

www.deutschland-lagerland.de

Mehr Schutz für Flüchtlingskinder! Welttag gegen Folter am 26. Juni

BERLIN. Zum Welttag gegen Folter haben UNICEF und das Berliner Behandlungszentrum für Folteropfer einen besseren Schutz für Flüchtlingskinder gefordert. Traumatisierte Minderjährige müssten in Deutschland einen sicheren Aufenthalt, psychosoziale Betreuung und bessere Ausbildungschancen erhalten. Besonders schutzbedürftig seien unbegleitete Kinder, die ohne ihre Eltern in Deutschland ganz auf sich allein gestellt sind, hieß es. Trotz Fortschritten durch das neue Zuwanderungsgesetz seien sie nach wie vor oft jahrelangem Asylverfahren ausgesetzt. „Die unwürdigen Befragungen und die Ablehnung und Ausgrenzung der Kinder in Deutschland wirken wie eine zweite Traumatisierung“, erklärte der Geschäftsführer des Behandlungszent-

trums, Franz Janßen. Als Flüchtlinge mit Duldung erhielten sie nur eine medizinische Grundversorgung, zu der keine Psychotherapie gehörte. Entsprechend der UN-Kinderrechtskonvention müsste das Kindeswohl sowohl in den Asylgesetzen als auch in den individuellen Asylverfahren Vorrang haben, verlangten die beiden Organisationen. Unbegleitete Flüchtlingskinder dürfen nicht länger von Rehabilitation und Bildung ausgeschlossen werden. Zudem müsste es so rasch wie möglich langfristige Klarheit über ihren weiteren Aufenthalt geben. www.socialtimes.de

6. Symposium Flüchtlingschutz kritisiert Bundesregierung

BERLIN. Die Bundesregierung entzieht Flüchtlingen aus Kriegs- und Krisengebieten ihren Status und plant weitere gesetzliche Verschlechterungen des Flüchtlingschutzes. Der Bundesregierung scheinen Flüchtlinge daher zunehmend unerwünscht, kritisierten amnesty international (ai) und PRO ASYL vor dem Weltflüchtingstag am 20. Juni. Vertreter beider Organisationen verwiesen beim 6. Berliner Symposium zum Flüchtlingschutz darauf, dass die Bundesregierung die – wegen der Umsetzung von EU-Richtlinien notwendige – Änderung des Zuwanderungsgesetzes nutzt, um etwa das Alter für den Familiennachzug bei Flüchtlingen von 18 auf 21 Jahre heraufzusetzen. Außerdem sollen nachziehende Ehepartner vor der Einreise Deutsch lernen und entsprechende Kenntnisse nachweisen müssen. „Dies ist absurd“, sagte Julia Duchrow, ai-Flüchtlingsreferentin. „Wie soll die mittellose Ehefrau eines tschetschenischen Flüchtlings im zerstörten Grosny Deutsch lernen? Hinzu kommt: Der Vorschlag verstößt gegen Europarecht.“

ai und PRO ASYL fordern ein Bleibe-



recht für langjährig Geduldete. In Deutschland leben fast 200.000 Menschen mit einer Duldung, 130.000 davon seit mehr als fünf Jahren. „Diese Menschen leben in ständiger Angst vor der Abschiebung und dem folgenden Sturz ins Nichts“, sagte Mesovic. „Duldung bedeutet ein Leben ohne Perspektive. Wir fordern daher eine Bleiberechtsregelung und einen Abschiebestopp, bis eine solche Regelung in Kraft tritt.“

www2.amnesty.de

Friederikes Wi(e)dersprüche – Eine monatliche Friedensaktion

WIESBADEN. Seit fast vier Jahren erscheint jeden Monat eine Hörfunk-Sendung mit dem Titel Friederikes Wi(e)dersprüche, die von einigen Lokalsendern ausgestrahlt wird und im Internet als MP3-Datei zur Verfügung steht. Die Gewaltfreie Aktionsgruppe DÜNE schreibt zu ihrer Hörfunkproduktion: „Texte zum Thema Frieden gibt es sehr vielfältig als Bücher, Broschüren und Flugblätter. Hörfunk und Fernsehen dagegen haben ihr Schwerpunkt in der Welt des Konsums, der Welt der Unterhaltung. Nur selten werden dort auch friedenspolitische Themen gebracht, die noch dazu nicht gerade die Meinung der Friedensbewegung wiedergeben. Wir wollen Gegenöffentlichkeit herstellen, die auch von der übrigen Bevölkerung wahrgenommen werden kann. Wir bringen Informationen, die nicht allgemein zur Verfügung stehen und Zusammenhänge erläutern, die wegen der politischen Vergesslichkeit nicht erkannt werden. So haben wir schon lange vor dem Irak-Krieg auf die Lügen der Regierungen der USA und Großbritannien hingewiesen und daraus den Schluss gezogen, dass dieser Krieg schon längst beschlossene Sache war ... wir sind der Meinung, dass auch die beste Informationssendung auf Dauer langweilig wird. Wir haben daher die Form eines Dialogs zwischen einer Frau und einem Mann gewählt, der durch kleine mehr oder weniger lustige Missverständnisse und falsche Interpretationen aufgelockert wird. Unsere Sendung soll auch mobilisieren, wir rufen also im Rahmen des Dialogs auch zu bestimmten Friedensaktivitäten auf.“

Alle bisherigen Sendungen sind unter www.freie-radios.net im Archiv der freien radios zu finden. *rst*

Ausstellung „Elftausend Kinder“ im Weimarer Stadtmuseum

WEIMAR. Nach vergeblichen Verhandlungen mit der Bahn AG zeigt die Stadt Weimar bis zum 5. Juli im Stadtmuseum eine Ausstellung über die Deportation von elftausend jüdischen Kindern in die NS-Vernichtungslager. Ihr gingen scharfe Auseinandersetzungen mit dem Bahn-Vorsitzenden Mehdorn voraus. So



hatte der ehemalige Oberbürgermeister Volkhardt Germer in mehreren Schreiben an Mehdorn darauf gedrängt, das Weimarer Bahnhofsgelände zu öffnen und den Reisenden einen Blick auf Fotos und Dokumente der Kinder zu gestatten. Mehdorn lehnte das Ansinnen „aus prinzipiellen Erwägungen“ strikt ab, obwohl über die Weimarer Gleisanlagen Massentransporte nach Buchenwald und Auschwitz gingen. In einer gemeinsamen Pressemitteilung der deutschen Initiative „Elftausend Kinder“ und der Pariser Organisation „Fils et Filles des Déportés Juifs de France“ heißt es zur Weimarer Ausstellungseröffnung, man werde die Proteste intensivieren, „bis den 11.000 Kindern (und sämtlichen übrigen Deportierten) auf den deutschen Publikumsbahnhöfen Ehre erwiesen wird“. Dieser Forderung gaben in Weimar Demonstranten Nachdruck, die dem Aufruf des lokalen Aktionskomitees folgten und nach einem Halt am Buchenwald-Denkmal zum Hauptbahnhof zogen (*Bild*). Auf dem Bahnhofsvorplatz stellten sie Koffer ab, die an die Deportierten erinnerten. www.german-foreign-policy.com/de/extral/11000kinder/berichte.php

Initiative will das Eintreten gegen Rassismus als Staatsziel verankern

DRESDEN. Die Initiative „Courage zei- gen“ will per Volksantrag das Eintreten gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit als Staatsziel in der Verfassung des Freistaates Sachsen verankern lassen. Zu den Erstaufrufern zur Unterstützung des Volksantrages gehören der Vorsitzende des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinde, Heinz-Joachim Aris, Schauspieler Peter Sodann und Prinzen-Sänger Sebastian Krumbiegel. Nach dem Willen der Initiative soll an Artikel 7 Absatz 1 angefügt werden, dass es „Pflicht des Landes und Verpflichtung aller im Land“ ist, rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische Aktivitäten sowie eine Wiederbelebung und Verbreitung nationalsozialistischen Gedankengutes nicht zuzulassen. Für den Volksantrag sind mindestens 40.000 Unterschriften nötig.

<http://zivilcourage-pirna.de>

Landtag lehnt 2 Volksinitiativen ab

DÜSSELDORF. Der nordrhein-westfälische Landtag hat am 22. Juni zwei Volksinitiativen abgelehnt. Mit den Stimmen von CDU und FDP verwarf das Parlament die Volksinitiative Jugend braucht Vertrauen und die Volksinitiative NRW 2006. Die Volksinitiative Jugend braucht Vertrauen hatte die Wiederaufstockung der finanziellen Ausstattung der Jugendeinrichtungen in NRW auf 96 Millionen Euro jährlich zum Ziel. Die 2004 von SPD und Grünen vorgenommenen Kürzungen auf einen jährlichen Zuschuss von 75 Millionen Euro sollten zurück genommen werden. 326.539 Bürger hatten die vom Landesjugendring NRW gestartete Volksinitiative mit ihrer Unterschrift unterstützt. Die Volksinitiative NRW 2006 der Internationalen Vereinigung der Waldorfkindergärten wandte sich gegen Kürzungen der Landesförderung bei Kindern, Jugendlichen und Familien. 208.723 Bürger trugen sich auf den Unterschriftenlisten hierfür ein. Weil Volksbegehren zu so genannten „Finanzfragen“ in NRW laut Landesverfassung unzulässig sind, bleibt dieser Weg verschlossen.

<http://nrw.mehr-demokratie.de>

Demo für Bleiberecht in Husum

HUSUM. Ca. 150 Menschen demonstrierten am 15. Juni in Husum gegen die drohende Abschiebung der Familie Makitu in den Kongo. Die Zahl der TeilnehmerInnen ist als großer Erfolg anzusehen, da die Mobilisierung erst am vorhergehenden Wochenende angefangen hatte. Die Demo startete am Marktplatz in Husum mit einem Redebeitrag von Freunden und Unterstützern der Familie. Kurz danach setzte sich der Demonstrationszug, der aus Freunden und Bekannten der Familie sowie UnterstützerInnen bestand, in Bewegung. Nach einiger Zeit wurde die Demo immer lauter, es wurden Parolen gegen Abschiebung gerufen. Auf einer Zwischenkundgebung bedankten sich Freunde der Familie für das zahlreiche Erscheinen und brachten ihr Verständnis darüber zum Ausdruck, dass die Familie Makitu jetzt abgeschoben werden soll. Die Demonstration endete wieder auf dem Husumer Marktplatz mit einer Abschlusskundgebung.

<http://de.indymedia.org>
Zusammenstellung: baf



Ausbildungsplatzinitiative der Fraktion Die Linke.Köln erfolgreich

Zum 1. September 2006 werden 100 zusätzliche Auszubildende ihren Job bei der Stadt Köln antreten. Aber nicht nur das: Eine feste Ausbildungsquote von 6 Prozent der Beschäftigten soll dafür sorgen, dass auch langfristig Ausbildungsplätze gesichert sind und nicht den Haushaltsskürzungen erliegen. Das war der bisher größte Erfolg der Fraktion die Linke.Köln im Rat der Stadt.

Vorgeschichte

Seit dem Einzug der PDS, später dann Die Linke.Köln, haben die Ratsmitglieder das Thema der städtischen Ausbildung immer wieder angesprochen. So gelang es im Jahre 2003, zusätzlich 5 Ausbildungsplätze zu schaffen und im Jahre 2005 40 Ausbildungsplätze, zum Teil auch bei den städtischen Beteiligungsunternehmen.

Trotzdem sank die Ausbildungsquote der Stadt Köln seit Jahren. Inzwischen steht Köln unter der Haushaltssicherung des Regierungspräsidenten und der kommunale Spielraum wird immer geringer.

Die Fraktion diskutierte längere Zeit über das Thema und entschied sich dafür eine feste Ausbildungsquote vorzuschlagen. Die Fraktion war sich auch darin einig, dass man einen praktikablen und keinen propagandistischen Vorschlag unterbreiten sollte. Gespräche mit der Verwaltung und dem Direktor des Arbeitsamtes waren dabei sehr aufschlussreich.

Eine Anfrage der Fraktion brachte das zum Vorschein, was wir die ganze Zeit vermuteten: Die Ausbildungskapazität der

Stadt Köln und seiner Beteiligungsunternehmen war seit Jahren gesunken. Lag die Ausbildungsquote 1999 noch bei 5,4% war sie im Jahre 2005 auf 3,7% gefallen. Interessant war auch, dass die ortsübliche Ausbildungsquote in der Öffentlichen Verwaltung in Köln bei 6,4 Prozent liegt.

Das war für die Fraktion der Grund zu sagen, wir wollen eine Quote von 6% bei der Stadt Köln und seinen Unternehmen erreichen. Mit dem Vorschlag lagen wir zwar 1 Prozent unter der Forderung der Gewerkschaftsjugend, aber dieses Ziel zu erreichen, wäre dann der nächste Schritt.

„Kölsche Volksfront“

So heißt die lockere Abstimmungsmehrheit, wenn SPD, Grüne und Die Linke.Köln zusammen votieren in Kölner Politikkreisen und in den Medien. Nachdem die SPD Ende 2005 der Großen Koalition eine Absage erteilte, vor allem deshalb, weil die CDU total zerstritten ist, bildet sie mit den Grünen ein sogenanntes „Kernbündnis“, ohne die Mehrheit im Rat zu haben. So entstanden praktisch wechselnde Mehrheiten im Stadtrat. Eigentlich üblich, weil in der NRW-Gemeindeordnung „Koalitionen“ nicht vorgesehen sind. Die „Kölsche Volksfront“ beschloss z.B. eine kommunale Härtefallkommission für Flüchtlinge oder drehte den Geldhahn für die Renovierung des preußischen Reiterdenkmals von Kaiser Wilhelm II den Geldhahn ab. Als die Fraktion mehr aus Spaß erklärte, „lieber Karl Marx auf dem Rathaussturm als Preußens Glanz

und Gloria auf dem Heumarkt“, tobten die Konservativen.

100 Ausbildungsplätze müssen her

Die Bundesagentur für Arbeit, NRW legte Ende März einen Ausbildungsmarktbericht mit der Schlussfolgerung vor: Noch nie hatten Jugendliche in Nordrhein-Westfalen so geringe Chancen auf eine Ausbildung.

Zu diesem Zeitpunkt steht in NRW rund 70.000 Bewerber ein Angebot von nur noch 35.000 offenen Lehrstellen gegenüber. Absolut gibt es weniger Ausbildungsangebote als in den Jahren zuvor. Gleichzeitig stieg die Nachfrage gegenüber 2005 um 7.600 Lehrstellen.

Zeitgleich brachte die Fraktion Die Linke.Köln im Rat der Stadt Köln einen Antrag ein, sofort 100 Ausbildungsplätze bei der Stadt zu schaffen und für die Zukunft eine sechsprozentige Ausbildungsquote festzulegen. Die Fraktion hofft auf eine Zustimmung von SPD und Grünen. Die wollen erst die finanziellen Auswirkungen prüfen, signalisieren aber ihre grundsätzliche Bereitschaft, zusätzliche Ausbildungsplätze mittels einer Quote einzuführen. Mit dem Antrag will Die Linke.Köln auch ein klares Zeichen gegen weiter stattfindenden Personalabbau und Verlängerung von Arbeitszeiten im Öffentlichen Dienst setzen.

Die Debatte im Rat ist sehr konstruktiv. Zwar wird der Antrag in einen Prüfauftrag zur schnellen Umsetzung abgeschwächt, aber neben der „Kölschen Volksfront“ stimmen auch die CDU nach anfänglichen Bedenken und sogar

die FDP dafür. Nur die rechtsextreme „pro Köln“ stimmt dagegen. Sie will nicht, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund besonders berücksichtigt werden.

Postkarte für die 100 Ausbildungsplätze

Um noch mehr Druck zu machen, brachte die Fraktion zusammen mit den Jugendorganisationen Jusos, Grüne Jugend, Bezirksschülervertretung, DIDF-Jugend, Die Linke.solid und der transnet-Jugend eine Postkarte heraus,

100 Azubis für die Stimmen der PDS

Von ROBERT BAUMANN

Köln – SPD und Grüne wollen auch in Zukunft mit den Stimmen der Linken im Rat Beschlüsse durchpauken. Stellt sich nur die Frage:

Was verlangt die PDS dafür?

Ein erstes Zugeständnis von Rot-Grün ist, dass die Stadt jetzt 100 zusätzliche Ausbildungsplätze schaffen muss. Diese Initiative geht auf einen Antrag der Linkspartei zurück, die in der letzten Woche für alle rot-grünen Vorhaben stimmte.

Das Problem: Für zusätzliche Azubis fehlt das Geld. „Ich würde niemals Ausbildungsplätze blockieren“, meint Oberbürgermeister Fritz Schramma (CDU). „Deshalb werde ich von Seiten der Verwaltung alles tun, um das zu realisieren.

Aber der Rat muss klar sagen, woher das dafür notwendige Geld kommen soll.“ Vorher will der OB keine Verwaltungsvorlage in den Rat einbringen.

1,25 Millionen € an Personalkosten und 350 000 € für Sachmittel müssen zusätzlich aufgebracht werden. „Ich hoffe, dass wir vor den Sommerferien Klarheit über die Finanzierung haben“, so Schramma. „Dann können wir pünktlich zum 1. September 100 zusätzliche Ausbildungsplätze besetzen.“ Derzeit bildet die Stadt 450 Azubis aus.

Aus der Kölner Stadtratsitzung vom 18. Mai 2006

JÖRG DETJEN (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Unikliniken! – Die befinden sich im Streik und schauen heute zu.

(Beifall bei Teilen der Zuschauer)

Herr Oberbürgermeister, ich vermisste einen wichtigen Punkt auf der Tagesordnung: Es ist der Antrag zu den Ausbildungsplätzen, der vom Rat der Stadt Köln mit überwältigender Mehrheit beschlossen worden ist. Soweit ich weiß, gibt es dazu auch eine Vorlage, die in der Kämmerei und bei Ihnen liegt und gezeichnet worden ist.

Und: Herr Bürgermeister Müller, können Sie sich noch daran erinnern? Sie haben auf dem Arbeitnehmerempfang am 1. Mai versprochen, dass diese Vorlage heute hier behandelt wird. Dazu hätte ich gerne eine Information.

(JOSEF MÜLLER [CDU]: Nein! Das habe ich nicht versprochen!)

Herr Oberbürgermeister, außerdem haben wir eine Postkartenaktion, die an Sie adressiert war, für Ausbildungsplätze gemacht. Um das Porto zu sparen, übergebe ich Ihnen diese jetzt direkt.

(Beifall bei der Linken.Köln – JÖRG

DETJEN [Die Linke.Köln] übergibt die Postkarten)

Oberbürgermeister FRITZ SCHRAMMA: Legen Sie die bitte dort hin.

(JÖRG DETJEN [Die Linke.Köln]: Können Sie etwas sagen?)

Nein. Ich kann zur Vorlage nichts sagen, weil sie noch nicht vorliegt. Anscheinend wissen Sie besser darüber bescheid als ich, was bei mir im Büro liegt oder nicht liegt.

(JÖRG DETJEN [Die Linke.Köln]: Ja! – Heiterkeit)

Ich weiß nicht, wie Sie auf diese Idee gekommen sind. Bei mir liegt die Vorlage noch nicht. Schauen Sie nachts in mein Büro? – (Heiterkeit)

Bei mir ist diesbezüglich nichts angekommen. Als wir uns letztens zufällig auf dem Neumarkt getroffen haben, habe ich gesagt, dass wir an diesem Thema arbeiten und dass ich der Letzte bin, der nicht daran interessiert ist, Ausbildungsplätze zu schaffen. Ich sagte, dass ich dafür eine Finanzierung haben muss und ich die noch nicht habe. Ich sagte weiter, dass wir versuchen, die Finanzierung, von deren Umfang ich noch nichts weiß, rechtzeitig zu erarbeiten, sodass die jungen Leute zum 1. September eingeladen werden können. – Das habe ich Ihnen gesagt. Nochmal: Ich habe noch kein Finanzie-

rungskonzept, weshalb das Thema heute nicht auf der Tagesordnung steht.

(JÖRG DETJEN [Die Linke.Köln]: Ich komme morgen vorbei und dann schauen wir, ob wir die Vorlage finden! – Heiterkeit)

Ja, Herr Detjen, Sie müssen sich aber einen Termin geben lassen; denn ich bin morgen viel unterwegs.

(JÖRG DETJEN [Die Linke.Köln]: Gerne!)

Herr Bürgermeister Müller, bitte.

JOSEF MÜLLER (CDU): Herr Oberbürgermeister!

Der Kollege Detjen hat eben die Unwahrheit gesagt.

(Oh! und Heiterkeit bei der SPD)

Ich habe nicht gesagt, dass er gelogen hat. In diesem Fall hätte er wissentlich die Unwahrheit gesagt. Er hat nur die Unwahrheit gesagt, was etwas anderes ist als lügen. Ich habe in der Tat zu diesem Thema Stellung genommen. Ich habe gesagt, dass ich mich beim Oberbürgermeister dafür einsetzen würde, damit die 100 Ausbildungsplätze möglichst schnell realisiert werden. Ich habe weiterhin darauf hingewiesen, dass die Finanzierung noch ein Problem bereitet, aber keine Zusage gemacht, dass das Thema in der heutigen Ratssitzung behandelt wird. – Das wollte ich klarstellen.

gerichtet an den CDU-Oberbürgermeister Schramma. Die Aktion stieß am 1. Mai auf große Resonanz:

„Wir fordern mit dem Rat der Stadt Köln zusätzlich 100 Ausbildungsplätze jetzt und mindestens eine 6%ige Ausbildungsquote ab 2007...“

Inzwischen hatte das Personalamt eine entsprechende Vorlage erstellt. Nur der Oberbürgermeister mauerte. Die Fraktion übergab ihm auf der Maisitzung 1000 unterzeichnete Postkarten.

Der DGB-Vorsitzende schaltete sich in die Diskussion ein. Der Oberbürgermeister solle seinen Streit mit der „Kölschen Volksfront“ nicht auf Kosten der Jugendlichen führen und endlich den Ratsbeschluss umsetzen.

Auf der Ratssitzung am 18. Mai wurde der SPD-Kandidat für den Posten des Stadtdirektors gewählt. Drei von vier Mitgliedern der Links-Fraktion reichten für die Mehrheit im Stadtrat. Mit gleicher hauchdünner Mehrheit wurde auch ein Wirtschaftsdezernent gewählt, der zwischen 1998 und 1999 mal Staatssekretär bei Oskar Lafontaine im Saarland gewesen war.

4,7 Millionen Euro für Ausbildungsplätze

Per Dringlichkeitsentscheidungen wurde dann am 2. Juni die Vorlage durch die Unterschrift des Oberbürgermeisters Schramma und dem Fraktionsgeschäftsführers der SPD, Zimmermann

umgesetzt: 100 Ausbildungsplätze im Jahre 2006 und weitere 164 Ausbildungsplätze im Jahre 2007 über die Ausbildungsquote von 6%. Damit hat die Fraktion Die Linke.Köln bis 2008 ein Forderungsvolumen von 4,7 Millionen Euro durchgesetzt.

Da es jetzt eine feste Ausbildungsquote gibt, bildet die Stadtverwaltung 264 Auszubildende mehr aus. Das sind dann 714 Azubis mit einem zusätzlichen jähr-

lichen Haushaltsvolumen von 3,6 Mio. Euro.

Ratsfrau Özlem Demirel verweist darauf, dass nun verstärkt Jugendliche mit Migrationshintergrund eine Chance bekommen werden.

Das ist aber erst der halbe Erfolg: Jetzt kämpft die Fraktion darum, dass auch bei den städtischen Beteiligungsunternehmen eine 6% Quote umgesetzt wird.

Jörg Detjen



Sozialere Gestaltung der Elternbeiträge: ESSEN. Die Fraktion Die Linke./DKP/AUF lehnte in der Ratssitzung am 23. Juni die von der Verwaltung angestrebte 20%ige Erhöhung der Elternbeitrags ab und teilt die Bedenken der Wohlfahrts- und Jugendverbände. Der Antrag der Fraktionen von CDU und Grünen wurde von der Fraktionsgemeinschaft abgelehnt, weil höhere Elternbeiträge eingeführt werden sollen. „Die Eltern dürfen nicht für die Überwälzung von Kosten auf die Kommunen durch die Landesregierung zur Verantwortung gezogen werden“, so Ratsherr Markus Renner. „Wir können nachvollziehen, dass die Stadt Wege suchen muss, die Aufhebung des § 17 des GTK (Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder) durch die Landesregierung finanziell zu kompensieren. Allerdings sollte dazu die Landesregierung aufgefordert werden, Gelder bereitzustellen und nicht einmal mehr die Familien über Gebühr zu belasten.“ Die Linke./DKP/AUF tritt für eine kostenlose Kinderbetreuung ein. Solange die Gesetzeslage dies nicht ermöglicht, sei eine sozial gerecht gestaffelte Beitrags-tabelle nötig. Die Linke./DKP/AUF setzt sich daher für eine deutliche Anhebung des untersten Jahreseinkommens ein, ab dem Elternbeiträge fällig werden. Sie wird dazu auch die Zusammenarbeit mit den Eltervertretungen und Verbänden suchen.

www.pds-essen-im-rat.de

Almosen statt Recht: BOCHUM. Die Ratsfraktion der PDS berichtet, dass ihr Antrag zum Thema Zuzahlung von Lernmitteln für Schulkinder von Hartz IV-Opfern zwar abgelehnt wurde, aber „das Problem erkannt und angegangen“ werde. SPD und Grüne brachten einen Antrag zur Unterstützung von Familien mit geringem Einkommen ein. Die Koalition schlägt konkret vor, „gemeinsam mit den kommunalen Unternehmen zur Unterstützung benachteiligter und förderungsbedürftiger Kinder und Jugendlicher in den Bochumer Bildungs- und Betreuungseinrichtungen eine Stiftung, einen Fonds oder eine Verein zu gründen“. Unter Einbeziehung bürgerschaftlichen Engagements könnte eine Bürgerstiftung gegründet werden. Hintergrund sind Kürzungen der Landesregierung etwa bei den Schulbüchern, aber auch den Schülerfahrtkosten. Die Kommune selbst dürfe auf Grund ihrer Haushaltsslage keine zusätzlichen freiwilligen Leistungen übernehmen.

www.bo-alternativ.de

Nahverkehrszuschüsse: BERLIN. Am 16. Juni stimmte der Bundesrat dem Haushaltsgesetz zu und damit auch einer Reduzierung der Nahverkehrszuschüsse. Sie werden von 2006

bis 2009 um 1,8 Mrd. Euro gekürzt; geplant waren ursprünglich sogar 2,3 Mrd. Euro. Erst nach 2009 soll es wieder eine Dynamisierung der Zuschüsse geben. Trotz der von der Bundesregierung zugesicherten geringeren Kürzung von rund 500 Millionen Euro werde es zu einer „dramatischen Verschlechterung“ des Angebots im Nahverkehr kommen, sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB), Gerd Landsberg. Das gelte besonders für die ländlichen Gebiete. So sei jeder fünfte Zug von den Kürzungen betroffen, unterstrich Landsberg. Angesichts der geringeren Pendlerpauschale sei es unverständlich, gerade die Mittel für den Nahverkehr drastisch zu senken. Wer wegen der hohen Arbeitslosigkeit mehr Mobilität von den Menschen verlange, „muss auch die Voraussetzungen dafür schaffen“. Die „Allianz pro Schiene“ hat auf ihrer Homepage schon einmal veröffentlicht, was das für die einzelnen Bundesländer bedeutet: Die größten Einbußen kommen mit 284 Mio. Euro auf NRW zu, gefolgt von Bayern mit einem Minus von 270 Mio. Euro. www.dstgb.de; www.allianz-pro-schiene.de



Insolvenz abgewendet: ROSTOCK. Der Warnowtunnel in Rostock ist das Pilotprojekt der privaten Straßenbaufinanzierung. Weil das Maut-Konzept nicht aufgeht, standen der Betreiber kurz vor der Pleite. Die Bürgerschaft der Hansestadt Rostock stimmte deshalb einem Antrag der Stadtverwaltung zu, den Konzessionsvertrag für den Rostocker Warnowtunnel von 30 auf 50 Jahre zu verlängern. Damit sei eine Insolvenz der Warnow-Querungsgesellschaft (WQG) abgewendet. Die Autofahrer müssen nun aber bis zum Jahr 2053 für die Fahrt durch den Tunnel im Nordwesten der Stadt Maut bezahlen. Grund für den finanziellen Engpass der WQG ist, dass der Tunnel seit der Eröffnung im September 2003 weit weniger genutzt wird als erwartet. Statt 20.000 Fahrzeuge passieren ihn täglich nur 10.500 Autos. Die Gesellschafter der

WQG sowie 14 Banken haben seit 1999 rund 220 Millionen Euro in den 790 Meter langen Tunnel investiert. Nach Angaben der WQG haben die beiden Gesellschafter bereits knapp 41 Millionen Euro als Verlust abgeschrieben, die Banken 70 Millionen Euro an Krediten gestundet. Im vergangenen Jahr machte die WQG laut Herrmann einen Umsatz von rund sechs Millionen Euro. Allein drei Millionen Euro braucht die WQG aber jedes Jahr für Personal und Instandhaltung.

www.spiegel.de, 15.6.06

PPP ruiniert Kreishaushalt: OFFENBACH. Der Kreis Offenbach ist Auftraggeber für das größte PPP-Projekt der Republik: Instandsetzung, Instandhaltung sowie die laufende Bewirtschaftung von ca. 450 Gebäuden an allen 88 Schulen des Kreises wurden an zwei private Unternehmen vergeben. Die Verträge starteten 2004 bzw. im Januar 2005 und haben eine Laufzeit von 15 Jahren. Der Kreis Offenbach war finanziell klamm und ist es jetzt komplett. Die Gebäudewirtschaft der Schulen kostet den Kreis nun jährlich 14 Mio. Euro mehr als im Jahr 2003 – insgesamt knapp 31,5 Mio. Euro. Dazu kommt eine Jahresrate für die Sanierung von derzeit knapp 25,5 Mio. Euro. Da nicht alle notwendigen Baumaßnahmen an Schulen im Vertragspaket enthalten sind, kommen weitere Millionenbeträge. Die PPP-Jahresrate beträgt also derzeit insgesamt knapp 57 Mio. Euro – mit steigender Tendenz, z.B. durch Zunahme der zu bewirtschaftenden Flächen, Energiekosten usw. Zum Vergleich: Bewirtschaftungs- und Instandhaltungskosten plus Personalkosten lagen 2003 noch bei rund 22 Mio. Euro. Ausgehend von heute ergibt sich über die Laufzeit von 15 Jahren eine Gesamtsumme der Jahresraten an die beiden Firmen von knapp 853 Mio. Euro, die den Kreis im Schuldendienst bis zum Jahr 2035 belasten wird – plus einer Zinseszinsbelastung darüber hinaus. Woher das Geld für Bewirtschaftung und Instandhaltung der Schulen nach dem Vertragszeitraum von 15 Jahren kommen soll, steht in den Sternen. Aktuell liegt das jahresbezogene Defizit des Kreises bei 40 Mio. Euro (2006), das kumulierte Defizit bei 140 Mio. Euro. Die Steigerung seit Start des PPP-Projektes beläuft sich auf 123 Mio. Euro. Nebenbei sei erwähnt: Über 9 Mio. Euro wurden für die Beratungsleistungen ausschließlich für dieses Projekt fällig! Weil die Höhe angeblich nicht absehbar war und zunächst von einer Summe unter 200.000 Euro ausgegangen wurde, gab es dafür auch keine Ausschreibung.

www.kommunale-info.de
Zusammenstellung: ulj



Bewachungsgewerbe

ver.di-Kampagne gegen Armutslöhne

Rund 70 Beschäftigte des Bewachungsgewerbes beteiligten sich am 15. Juni an einer ver.di-Kundgebung auf dem Hamburger Rathausmarkt. Anfang des Monats hatte ver.di in der Hansestadt eine Kampagne gegen Armutslöhne im Wach- und Sicherheitsgewerbe gestartet; die Kundgebung war die erste öffentliche Aktion in dieser Kampagne.

Hamburg. Rund 8000 Beschäftigte zählt die Branche inzwischen allein in Hamburg, fast so viele wie die Hamburger Polizei (10.000 Beamte). Sie führen die Sicherheits- und Gepäckkontrollen der jährlich rund elf Millionen Fluggäste des Flughafens durch, bewachen das AKW Krümmel, zahlreiche Verwaltungsgebäude vom Amt für Gesundheit bis zum Bundesamt für Seeschifffahrt, Museen, die öffentlichen Gebäude des Hamburger Hafens, Warenhäuser, kontrollieren die Fahrgäste des Hamburger Verkehrsverbundes, transportieren viele Millionen Euro Bargeld, die tagtäglich in der Stadt im Umlauf sind usw. Das Gewerbe expandiert seit Jahren, und man rechnet damit, dass die Zahl der Beschäftigten in den nächsten Jahren noch einmal um mehr als 50% zunimmt.

Einer der größten Auftraggeber ist die Stadt. Früher haben öffentlich Beschäf-

tigte die zahlreichen Bewachungsaufgaben durchgeführt, heute sind diese Bereiche fast vollständig ausgelagert. Nicht weniger als 86 Verträge mit verschiedenen Sicherheitsdiensten hat die Stadt inzwischen abgeschlossen. So vergab die Innenbehörde Anfang 2005 z.B. die Bewachung des Polizeipräsidiums an eine für Dumpinglöhne und besonders üble Arbeitsbedingungen brüchtige private Firma. Aber auch die großen Unternehmen, ob der Axel-Springer-Verlag, Gruner und Jahr, die Werft Blohm+Voss, airbus Industries, die großen Versicherungskonzerne wie Allianz und Deutscher Ring oder die Banken, sie alle haben ihre Sicherheitsbereiche längst outgesourct und gehören zu den Großkunden der privaten Sicherheitsdienste. Hinzu kommt die wachsende „Nachfrage nach Sicherheitsdienstleistungen“ im Gefolge der Anschläge von New York, Madrid und

London, und auch die Ausweitung der großen Einkaufspassagen und ähnliche Entwicklungen lassen die privaten Sicherheitsfirmen expandieren.

Aber während die Branche boomt, leben die Beschäftigten an der Armutsgrenze. In Hamburg gehören sie mit durchschnittlich 6,10 Euro/Stunde – das sind 1057 Euro brutto monatlich und entspricht dem gültigen Tarifvertrag – zu den am schlechtesten bezahlten Arbeitern. Nur Floristinnen erhalten mit 6,00 Euro noch weniger Lohn. Ein vollzeitbeschäftigter Sicherheitsarbeiter, so hat ver.di ausgerechnet, verdient weniger als die Hälfte dessen, was ein durchschnittlicher Hamburger Haushalt im Jahr an laufenden Ausgaben für Wohnen, Wohnnebenkosten, Verpflegung, Kleidung, Transport, Haushaltswaren, Freizeit sowie andere wiederkehrende Kosten ausgibt. Viele sind trotz Arbeit so arm, dass sie Anspruch auf ergänzende Sozialhilfe bzw. ergänzende Lohnleistungen oder Unterstützung bei Mietzahlungen haben.

Die Niedrigstlöhne zwingen die Beschäftigten zu überlangen Arbeitszeiten oder dazu, zwei oder mehr Jobs anzunehmen. Dass Wachleute 240 bis 260 Stunden im Monat, manchmal sogar 300 Stunden und mehr arbeiten müssen, ist heute gang und gäbe.

Ein Betriebsrat berichtet in einem Internetforum über die Arbeitsbedingungen in einem nicht näher genannten Flughafen von einer „Arbeitszeit von 264 Stunden an 7 Tagen in der Woche. Faktisch arbeiten“, so schreibt er, „die Kollegen 300 bis 400 Stunden im Monat, um überhaupt einigermaßen über die Runde zu kommen. So miserabel dieser Tarifvertrag auch ist, er wird so gut wie nie eingehalten: So erhält ein Kollege z.B. im Krankheitsfall regelmäßig nur Geld für 174 Stunden. Wer klagt, bekommt am Arbeitsgericht Recht, und zwar seit Jahren, den Job hat der Kollege in der Regel dann allerdings nicht mehr sehr lange! (...) Und wer aufmuckt, der findet sich plötzlich in aberwitzigen Schichtzeiten wieder, vorwiegend in solchen, die eine Erreichbarkeit des Betriebs mit dem öffentlichen Personennahverkehr nicht möglich machen und damit den Kollegen, die kein eigenes Auto haben – das sind sehr, sehr viele – ganz cool die verhaltensbedingte Kündigung bereits in den Dienstplan schreiben. (...) Wichtig ist ... noch, dass all diese charmanten Firmen, egal, wie sie heißen, und egal, wer daran beteiligt ist, keine Terrormaßnahme gegen Beschäftigte auslassen, die versuchen, Betriebsräte zu wählen oder die Gewerkschaft ins Haus zu holen. Es gelingt nur in Ausnahmefällen mit allen Tricks und subversiven Methoden, den Kollegen zu einer gesetzlichen Interessenvertretung zu verhelfen. Und selbst wenn der Betriebsrat gewählt ist, heißt das noch lan-

ge nichts. Was sich die Arbeitgeber alles einfallen lassen, Betriebsräte zu verschlagen, wäre ein abendfüllendes Thema.“

Auch in Hamburg machten Beschäftigte, die sich gewerkschaftlich engagieren, die Erfahrung schlimmer Repression. 2005 entließ die Power GmbH, in der Hansestadt eine der drei großen privaten Sicherheitsfirmen, fünf Beschäftigte, die einen Betriebsrat gründen wollten. Power GmbH verpflichtet die Beschäftigten, sie darüber in Kenntnis zu setzen, wenn Gewerkschaftsvertreter auf sie zutreten, und sie über den Inhalt der Gespräche zu informieren. Im Mai 2006 entließ die Power GmbH einen Mitarbeiter, nachdem dieser an einem Treffen zur Vorbereitung der Kampagne teilgenommen hatte. Soweit bekannt, gibt es in dem Unternehmen mit rund 1500 Beschäftigten an acht Standorten keinen einzigen Betriebsrat. ver.di kritisiert, dass die Stadt mit der Power GmbH trotz ihres aggressiven Auftretens und ihrer Rechtsverletzungen sechs Verträge abgeschlossen und dem Unternehmen überdies einen Sicherungsauftrag während der Fußball-Weltmeisterschaft übertragen hat.

Mit Securitas, mit 225.000 Beschäftigten weltweit größte Sicherheitsfirma und auch in Hamburg eine der drei großen, hat der Welt-Dachverband der Dienstleistungsgewerkschaften, Union



Auf der Kundgebung sprach neben Betriebsratsvertretern von Gruner + Jahr und dem Alsterhaus und einer Linkspartei-Vertreterin auch Fred Seavey von der amerikanischen Dienstleistungsgewerkschaft SEIU, der über die Organisierungskampagnen im Niedriglohnsektor der USA berichtete. ver.di Hamburg hatte im letzten Sommer auf einer Konferenz die Erfahrungen der US-Gewerkschaftsbewegung ausgewertet und in der Folge Fred Seavey eingestellt.

Network International (UNI), dem auch ver.di angehört, nach dreijährigem Ringen kürzlich einen Vertrag geschlossen, der auf der Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen und den wesentlichen Prinzipien der Internationalen Arbeitsorganisation ILO basiert. Darin erkennt Securitas weltweit Gewerkschaften als Vertreter der Beschäfti-

tigten an; Gewerkschaften erhalten Zugang zu den Beschäftigten und können auf ihren Treffen reden, in einigen Fällen erhalten sie Listen der Beschäftigten; das Unternehmen verpflichtet sich weiterhin, in Einklang mit den Gesetzen und Rechtsgrundsätzen des jeweiligen Landes Unterstützung beim Organisationsprozess zu leisten. Das Abkommen soll bekannt gemacht und in jedem Land durch eine „Implementierungsgruppe“ umgesetzt werden; in der BRD wird eine solche Gruppe derzeit zusammengestellt.

Die Hamburger ver.di-Kampagne verfolgt dann auch mehrere Ziele: ver.di fordert, die Löhne im privaten Sicherheitsgewerbe unverzüglich auf 7,50 Euro anzuheben, bundesweit soll ein gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 7,50 Euro eingeführt werden. Ver.di will aber auch erreichen, dass weitere Firmen dem Beispiel der Securitas folgen und die Rechte der Beschäftigten auf gewerkschaftliche Betätigung und Bildung von Betriebsräten anerkennen. Nicht zuletzt richtet sich die Kampagne an die privaten und vor allem auch öffentlichen Kunden des privaten Sicherheitsgewerbes, eine „Politik verantwortungsvoller Vertragspartner“ zu übernehmen, die sicherstellt, dass in den Verträgen vernünftige und verantwortungsvolle Standards festgehalten werden.

scc

Dokumentiert – Antrag der Abgeordneten Werner Dreibus, Ulla Lötzer, Dr. Barbara Höll, Dr. Axel Troost, Karin Binder, Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und der Fraktion DIE LINKE.

Für einen sozial gerechten Mindestlohn in Deutschland

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

- Mehr als 6 Millionen Beschäftigte arbeiten derzeit Vollzeit zu Niedriglöhnen (weniger als drei Viertel des durchschnittlichen Bruttoeinkommens in Deutschland). Darunter sind mehr als 3 Millionen Beschäftigte, davon mehr als 70 Prozent Frauen, die sich mit einem Armutslohn (weniger als der Hälfte des durchschnittlichen Bruttoeinkommens) begnügen müssen. Darüber hinaus arbeiten mehrere Millionen Menschen in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen und in Teilzeit zu Prekar- und Armutslöhnen. Auch hiervon sind überwiegend Frauen betroffen.

- Zur Eindämmung von Niedriglohnbeschäftigung tragen Mindeststandards für die Entlohnung bei.

- Mindestlohnregelungen, die auf einer tariflichen Lohnfindung basieren, können diesen Anspruch unter den Bedingungen der fortschreitenden Erosion der tariflichen Lohnfindung allein nicht erfüllen. Die Ausbreitung tariffreier und sog. tarifschwacher Zonen macht eine Ergänzung und Stabilisierung der tariflichen Lohnfindung durch einen gesetzlichen Mindestlohn notwendig.

• Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns ist zudem eine notwendige Maßnahme zur Verringerung der Entgeltungleichheit zwischen Frauen und Männern, die in Deutschland im europaweiten Vergleich besonders hoch ist.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Einführung eines Systems dualer Mindestlöhne zum 1. Januar 2007 sicherstellt.

Das System dualer Mindestlöhne zeichnet sich aus durch die Kopplung eines gesetzlich festgelegten Mindestlohns mit tariflich vereinbarten und per Gesetz fixierten, branchenbezogenen Mindestlöhnen. Der gesetzliche Mindestlohn bildet die allgemeine Untergrenze der Entlohnung. Liegen die untersten Tarifentgelte einer Branche über dieser gesetzlichen Mindestanforderung, erklärt sie der Gesetzgeber auf Antrag einer der Tarifparteien zum Mindestlohn der jeweiligen Branche.

Diesem Grundsatz entsprechend soll der Gesetzentwurf für einen dualen Mindestlohn folgende Eckpunkte aufweisen:

- Über ein Mindestentgeltgesetz

wird ein allgemeingültiger Bruttostundenlohn als gesetzlicher Mindestlohn festgesetzt. Der gesetzliche Mindestlohn gilt für alle in Deutschland abhängig beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

b) Das Gesetz bestimmt als Einstieg in den gesetzlichen Mindestlohn einen Lohn von 8 Euro brutto pro Stunde.

Nach der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns ist dieser mindestens jährlich anzupassen. Die Anpassungen folgen dem Grundsatz, dass Vollzeiterwerbsarbeit ein Einkommen oberhalb der Grenze für Armutslöhne (50 Prozent des Durchschnittseinkommens aus abhängiger Erwerbsarbeit) ermöglichen muss.

Das Gesetz sieht die Möglichkeit einer zeitlich befristeten, stufenweisen Einführung des Mindestlohns in Unternehmen derjenigen Branchen vor, die nicht kurzfristig dazu in der Lage sind, ihren Beschäftigten einen Mindestlohn von 8 Euro zu zahlen.

c) Das Mindestentgeltgesetz regelt gleichzeitig, dass in den Branchen, in denen die tariflich vereinbarten Mindestentgelte über dem gesetzlichen Mindestlohn liegen, diese Tarife als all-



FRANKFURT. Für Juni bis August 100 Euro Pauschalzahlung, 3% Gehaltserhöhung ab September 2006, weitere 1,5% ab Dezember 2007, 25 Monate Laufzeit bis Juni 2008. Der Rechtsanspruch auf ein bis zwei Jahre Vorruststand mit 70 bis 75% Vorruststandsgeld auf Bankkosten wurde um zwei Jahre bis Ende 2008 verlängert – das sind die Eckdaten des Tarifabschlusses von ver.di im privaten und öffentlichen Bankgewerbe. Im genossenschaftlichen Bankgewerbe wird noch verhandelt. Das Ergebnis kam ohne große Auseinandersetzung in der 3. Verhandlungsrunde zu stande. War die Fussball-WM dafür verantwortlich oder wollten die Großbanken Tariffrieden für ihre Personalabbau- und Outsourcingpläne? Kurz zuvor waren sehr gute Haustarifverträge bei bisher tariflosen Banken, der Internet-Direktbank ING-Diba und dem Wertpapierabwickler dwpbank abgeschlossen worden – Flucht vor dem Flächentarif schützt also nicht vor Tarifvertrag! – *gst* (Bild: Tarifkundgebung vor der DZ-Bank in Frankfurt)

gemeinverbindlich für die jeweiligen Branchen erklärt werden.

Zu diesem Zweck wird das Arbeitnehmerentsendegesetz (AEntG) so verändert, dass die bisherige Beschränkung auf spezielle Branchen aufgehoben wird. Ebenso muss der Gesetzgeber im Rahmen des Mindestentgeltgesetzes sicherstellen, dass die in Branchentarifverträgen festgelegten untersten Entgelte – unabhängig vom regionalen Geltungsbereich der Verträge – auf Antrag einer Tarifpartei vom Bundesminister für Arbeit und Soziales per Rechtsverordnung als allgemeinverbindlich erklärt werden können.

d) Das Mindestentgeltgesetz legt fest, dass die Modalitäten der Einführung und der Anpassung des gesetzlichen Mindestlohns von der Bundesregierung erst nach der Konsultation der Tarifparteien und wissenschaftlicher Expertinnen und Experten bestimmt werden. Dazu wird ein nationaler Mindestlohnrat eingerichtet, dessen Mitglieder auf Vorschlag der Tarifparteien vom Bundesminister für Arbeit und Soziales ernannt werden. Der Rat wird paritätisch (Gewerkschaften, Unternehmerverbände, Wissenschaft) und geschlechterparitätisch besetzt.

Neben den Empfehlungen für die jährlichen Anpassungsschritte erarbeitet der Mindestlohnrat konkrete Vorschläge für die stufenweise Einführung

des Mindestlohns in den Branchen, in denen der Lohn bislang deutlich unter der Einstiegsgröße von 8 Euro liegt.

Zu den weiteren Aufgaben des Mindestlohnrates gehören regelmäßige, geschlechtersensible Untersuchungen der Entwicklung des Niedriglohnsektors, der Wirkung des Mindestlohns auf die Wirtschafts-, Einkommens- und Beschäftigungsentwicklung, die Gleichstellung der Geschlechter sowie Untersuchungen der Wettbewerbssituation der betroffenen Branchen und Unternehmen. Zur Erfüllung dieser Aufgaben wird der Mindestlohnrat durch den Bund entsprechend materiell ausgestattet.

e) Zur wirksamen Durchsetzung des Mindestlohns definiert das Gesetz Kontrollmechanismen, Sanktionen bei Verstößen und es räumt die Möglichkeit der Verbandsklage ein;

2. bei der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns solche Konzepte zurückzuweisen, die eine nicht armuts-sichere Höhe von Mindestlöhnen (unter 8 Euro) erlauben, die nicht alle in Deutschland Beschäftigten erfassen, die die Einführung von Mindestlöhnen mit der Zahlung von Lohnsubventionen verbinden (Kombilohn) und die Ausweitung von Niedriglohnbeschäftigung zum Ziel haben.

*Berlin, den 16. Mai 2006
(Begründung ...)*

Unfallversicherung in der Kritik der Arbeitgeber. FAZ, Do, 22.6.06. Bund und Länder wollen die gesetzliche Unfallversicherung reformieren. Die 26 gewerblichen und die 33 öffentlichen Versicherungen sollen durch Fusionierung effizienter werden, Einsparungen von bis zu 20 %, d.h. bis zu 250 Mio. Euro jährlich, sind angestrebt. Die Arbeitgeber kritisieren das steigende Beitragsaufkommen der letzten Jahre, sie alleine finanzieren die Unfallversicherung. Die Forderungen von BDA und DIHK nach einer Ausgliederung der Finanzierung der Wegeunfälle wurden bislang nicht erfüllt, genauso wie die des Handwerksverbandes, wonach Unfälle von Schwarzarbeitern nicht mehr abgedeckt sein sollen.

AG selbstständiger Unternehmer: Für eine Reprivatisierung der Familie. – Die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten sei ebenso wenig nützlich wie ein neues Elterngeld. Obwohl in Deutschland bereits fast die Hälfte der Familienkosten sozialisiert sei, verharre die Geburtenrate bei dem niederschmetternden Wert von 1,3. Dies bedeutet, dass es sinnlos ist, diese Politik weiter zu führen, heißt es in einer neuen Schrift des ASU (Arbeitsgemeinschaft selbstständiger Unternehmer). Es gehe darum, dem einzelnen und seiner Familie Entscheidungsfreiheit und Verfügung über das Eigentum vollumfänglich zurück zu geben. Dies geht parallel mit einer Zurückdrängung des Wohlfahrtsstaats. Die Ausbeutung der Familie durch die Koppelung von Rentenhöhe und Kinderzahl müsse beendet werden. Darüberhinaus wird ein Familienwahlrecht erwogen, um Familien mehr Gewicht bei politischen Entscheidungen zu geben. Statt ein zwangsfinanzierteres Netz von Kinderkrippen zu schaffen und Ganztagschulen aufzubauen, solle man mit einem Gutschein-System den Wettbewerb privater und öffentlicher Betreuungsanbieter einrichten.

Wirtschaft will Besteuerung auf Zinszahlungen verhindern. FAZ, Sa. 24.6.06. J. Thumann (BDI) lehnt den Vorschlag des hessischen Ministerpräsidenten, R. Koch, ab, in einem begrenzten Umfang Schuldzinsen der Vermögensbesteuerung zu unterziehen, um sich mit der SPD einigen zu können. Eine Substanzbesteuerung ist verfassungswidrig, sagte er. Unabhängig, ob ein Unternehmen Gewinne oder Verluste mache, müssten dann Steuern gezahlt werden. Die Einführung ertragsunabhängiger Elemente bei der Körperschaftssteuer sei ein glatter Systembruch. Der Vorwurf von Gewinnverlagerung ist fern der Realität und setzt die großen Unternehmen zu Unrecht in ein schlechtes Licht.

Presseauswertung: rst

Zur Einführung des Mindestlohnes in Großbritannien

Vorbemerkung der Redaktion: Der letzten Ausgabe dieser Zeitschrift lagen die Ergebnisse der Jahrestagung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften bei, darunter ein Aufsatz zum Thema „Gesetzlicher Mindestlohn“. Ein zweiter, ergänzender Vortrag, über die Hintergründe und Erfahrungen bei der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Großbritannien 1989, war, wie im Ergebnisheft bemerkt, aus Platzgründen nicht in diesem abgedruckt. Hier nun dieser Vortrag.

Seit 1989, also noch unter der Thatcher-Regierung, können in Großbritannien Arbeitslose Arbeitsplatzangebote nicht mehr ablehnen, auch wenn die Entlohnung unterhalb der ortsüblichen Bezahlung oder unterhalb des Arbeitslosengeldes liegt.

Parallel wurden bestimmte Subventionen gezahlt. Diese in-work-benefits für Geringverdiener schlossen Wohngehalt, Unterstützung zur Bezahlung lokaler Steuern sowie Family credits (Zuschüsse für Familien mit Kindern) ein. Allein die Ausgaben für letztgenannte Zuschüsse stiegen von 200 Mio. Pfund im Jahre 1987/88 auf über 2 Mrd. Pfund 1996/97.

Nach ihrer Wahl und dem Versprechen, einen nationalen Mindestlohn einzuführen, richtete die Labor-Regierung eine Kommission (Low-Pay-Commission) ein, die Empfehlungen für ein Einstiegsniveau für einen Mindestlohn unterbreiten sollte. Die Kommission besteht aus neun Mitgliedern, die nicht von Organisationen benannt werden. Drei haben einen gewerkschaftlichen, drei einen Unternehmerhintergrund und drei kommen aus dem akademischen Feld.

Die Kommission empfahl einen niedrigen Einstieg von 3,60 Pfund (ca. 5 Euro) für April 1999 und eine Erhöhung auf 3,70 für das Jahr 2000. Für Jüngere unter 20 Jahren und Ältere, die an Qualifizierungsmaßnahmen teilnehmen, wurde ein abgesenkter Mindestlohn empfohlen. Der Mindestlohn sollte ein Standardlohn sein, der für jede geleistete Arbeitsstunde zu zahlen sei. Nacht- und Überstundenzuschläge sollten zusätzlich zu zahlen sein. Auch Bereitschaftszeiten müssten entgolten werden. Betriebliche Sozialleistungen könnten nicht angerechnet werden. Nur Kosten für eine vom Unternehmen gestellte Unterkunft könnten abgezogen werden.

Der Mindestlohn trat am 1. April 1999 in Kraft. Es wurden ein Maximalbetrag für Abzüge und Höchstbeträge für eine Unterkunft (am Anfang 19,95 Pfund pro Woche) festgelegt. Die Low-Pay-Com-

mission wurde institutionalisiert. Die Arbeitgeber enthielten sich jeder Kritik. Vor dem Hintergrund, dass der Mindestlohn nicht für alle Familienkonstellationen ausreichend ist, wurden parallel die alten Family-Credits durch bedarfsoorientierte Zuschüsse zur Lebensführung ersetzt. Von jedem zusätzlich verdienten Pfund können Bezieher der Sozialleistungen 45% anstelle von zuvor 30% behalten, das liegt damit deutlich über den hiesigen Raten. 1999 und erneut 2003 wurden der Kreis der Begünstigten durch Heraufsetzung der Einkommensgrenzen ausgeweitet und die Zuschüsse zur Kinderbetreuung erhöht. Gleichzeitig wurden die Steuern und Sozialversicherungsbeiträge für die Geringverdiener gesenkt. 1997 wurden rund 750.000 und 2004 ganze 2,3 Mio. Familien unterstützt.

Die Schnittstelle zwischen Löhnen und Sozialleistungen bleibt allerdings weiterhin ein Problem. Einige Autoren berichten, Lohnverhandlungen im unteren Bereich seien ein Albtraum, da man niemals mit Sicherheit voraussagen könne, welcher Prozentsatz bei den Beschäftigten verbleibe.

Die Rechte der Beschäftigten wurden gestärkt. Wer seinen Mindestlohn einklagt, darf nicht gekündigt werden. Die Finanzämter haben 19 Teams von drei bis sechs Kontrolleuren (Enforcement officers) eingerichtet, die Fälle von Verstößen vor Gericht bringen können.

Insgesamt haben die Steigerungsrationen des Mindestlohnes seitdem kontinuierlich die allgemeinen Lohnsteigerungen übertroffen, sodass sich die relative Einkommenssituation der Geringverdiener verbessert hat. 2004 betrug der Mindestlohn 43,2% des Medianlohnes eines Vollzeitbeschäftigten.

Nationaler Mindestlohn in Großbritannien 1999 bis 2006

Wirksam ab	Für Beschäftigte über 22 Jahre
1. April 1999	3,60 Pfund 5,29 Euro
1. Okt. 2000	3,70 Pfund 5,44 Euro
1. Okt. 2001	4,10 Pfund 6,02 Euro
1. Okt. 2002	4,20 Pfund 6,17 Euro
1. Okt. 2003	4,50 Pfund 6,62 Euro
1. Okt. 2004	4,85 Pfund 7,13 Euro
1. Okt. 2005	5,05 Pfund 7,42 Euro
1. Okt. 2006	5,35 Pfund 7,86 Euro

Die Low-Pay-Commission hat neben der Aufgabe, Vorschläge für die Anpassung der Mindestlöhne zu machen, auch die Aufgabe, Studien über Wirkungen und Entwicklungen zu initiieren. So wurde ermittelt, dass 90% der Beschäftigten über die Einführung eines Mindestlohns informiert waren. 75% kannten die genaue Rate. Zwei Drittel der Betroffenen sind Frauen, davon wiederum zwei Drittel Teilzeitbeschäftigte. Der überwiegende Teil der Anspruchsberechtigten erhält auch den Mindestlohn.

Nebenfolge: Die Staatsausgaben für Einkommenssubventionen gingen zurück und die Steuereinnahmen stiegen. Es wird davon ausgegangen, dass eine Erhöhung des Mindestlohns um 10 Pence die Haushaltssituation um 93 Mio. Pfund verbessert.

Mehrere Studien widmeten sich der Frage, wie sich die Produktivität vor dem Hintergrund der Einführung eines Mindestlohns entwickelt. Ergebnis einer Untersuchung von 1999: Ein beachtlicher Teil der Unternehmen verändert die Arbeitsorganisation und steigert in der Folge die Investitionen in Ausbildung und neue Technologien bzw. neue Produkte. Eine Erhebung aus 2003 weist eine durch den Mindestlohn bewirkte Produktivitätssteigerung im Dienstleistungssektor aus, jedoch nicht in der Industrie.



Als Erfolgsfaktoren werden genannt:

- Eine strikte Sachorientierung und umfangreiche Beratungen durch die Low-Pay Commission, vor allem, dass die Unternehmerverbände gewonnen werden konnten.
 - Die Überwindung der statischen Lehrbuchökonomie durch ein dynamisches Innovationsverständnis. Frühzeitige Information rege die Unternehmen an, Beschäftigte zu qualifizieren, neue Produkte zu entwickeln, den Service zu verbessern und die Arbeitsorganisation zu verändern.
 - Wille der Regierung, den Unternehmen keine Schlupflöcher zu lassen und die Nichteinhaltung mit echten Sanktionen zu belegen.
 - Die Beendigung der staatlichen Subventionierung von Ausbeuterlöhnen. Unternehmen können nicht mehr die Löhne senken in der Gewissheit, dass der Staat die Differenz zahlt. Sie haben eine verlässlichere Kalkulationsbasis durch die Minimierung der Schmutzkonkurrenz durch Lohnsenkung.
 - Es wird von positiven Beschäftigungseffekten ausgegangen. *rog*
- Quelle: Gerhard Bosch / Claudia Weinkopf; Mindestlohn in Großbritannien – Ein geglücktes Realexperiment. In: WSI-Mitteilungen 3/2006)

Wahlumfrage des Meinungsforschungsinstituts tns emnid vom 12.6. zu den bevorstehenden Landtagswahlen am 17. 9. in Mecklenburg-Vorpommern:

CDU: 31% – SPD: 30% – Linkspartei.PDS: 23% – FDP: 7% – Grüne: 4% – NPD: 4% – Sonstige: 1%



Berliner CDU-Spitzenmann in Umfragen immer unbeliebter ... Wowereits Popularität steigt

Die *Berliner Zeitung* schreibt am 24.6.06: „Der Spitzenkandidat der Berliner CDU, Friedbert Pflüger, kann die Hoffnungen auf einen Wahlsieg begraben: Knapp drei Monate vor der Abgeordnetenhauswahl in Berlin wird Pflüger in den Umfragen immer unbeliebter, die Sympathie für den Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) dagegen wächst. In der Berliner CDU glaubt man nicht mehr daran, dass sich Pflüger über den Wahltag hinaus für den Landesverband engagieren wird. Das Angebot, den CDU-Vorsitz schon jetzt zu übernehmen, lehnt Pflüger strikt ab.

In Umfragen des Meinungsforschungsinstituts Forsa im Auftrag der *Berliner Zeitung* vergrößert sich der Abstand zwischen dem Regierenden Bürgermeister und seinem Herausforderer stetig. Während Wowereit in diesem Monat auf einer Notenskala von plus fünf (sehr gut) bis minus fünf (sehr schlecht) die gute Note plus 1,4 erhält – und sich damit um 0,1 Punkte im Vergleich zum Mai verbessert –, kommt Pflüger nur noch auf die Note minus 1,0. Im Vergleich zum Vormonat sackt er um 0,3 Punkte ab.

Mit Pflüger als Spitzenkandidaten ist die Berliner CDU weit davon entfernt, stärkste Partei zu werden. Sie käme, wenn schon am Sonntag ein neues Abgeordnetenhaus gewählt würde, nur auf 24 Prozent. Damit läge die Berliner Union nur knapp über ihrem Wahlergebnis aus dem Krisenjahr 2001, als sie gerade mal 23,8 Prozent erzielte. Pflüger hat sich als Wahlziel gesetzt, ein besseres Ergebnis als sein Vorgänger Frank Steffel zu erzielen. Dass dies gelingt,

wird in der Partei inzwischen jedoch bezweifelt, zumal von der Bundespartei und von der von CDU-Kanzlerin Angela Merkel geführten Bundesregierung kein Rückenwind zu erwarten ist.“

Anmerkung: Im Mittelfeld des Artikels ist eine Grafik mit den jüngsten Forsa-Zahlen dokumentiert. Danach würde die SPD, wenn am kommenden Sonntag das Berliner Abgeordnetenhaus gewählt würde, 33 Prozent der Stimmen erhalten (das sind 3,3 % mehr als 2001), die CDU käme, wie beschrieben, auf 24% (0,2% mehr als 2001). Drittstärkste Partei würde die Linkspartei.PDS mit 15% (7,6 Prozent schlechter als 2001), knapp gefolgt von den Grünen, die gegenüber 2001 um 4,9% auf jetzt 14% zulegen würden. Fünfte Partei würde erneut die FDP, die 8% erhielt (2001: 9,9%). Die WASG erhält danach 1%, alle anderen Parteien zusammen 6 Prozent. Damit wäre eine Fortsetzung der rot-roten Koalition im Abgeordnetenhaus möglich, allerdings verbunden mit einer deutlichen Verschiebung der politischen Gewichte in Richtung SPD, die auch schon anfängt, öffentlich Ansprüche auf Senatorenposten zu erheben, die derzeit von der Linkspartei.PDS gestellt werden. *rül*

Unterstützung für Fahrplan zur Parteineubildung

Erklärung der Landesvorsitzenden der Linkspartei.PDS:

Die Eckpunkte für einen Fahrplan zur Parteineubildung haben die Landesvorsitzenden der Linkspartei auf einer Beratung am 17. Juni beim Parteivorstand Lothar Bisky zustimmend zur Kenntnis genommen.

Dazu gehören nicht nur die wichtigsten Daten, sondern auch die von der Steuerungsgruppe vorgeschlagene „Vereinbarung über den Prozess der Parteibildung“, die im Herbst unterzeichnet werden soll. Der Zeitplan sieht unter anderem vor die Vorlage des Entwurfs der Gründungsdokumente im Herbst 2006 und die anschließende Diskussion, die Beschlussfassung der Gründungsdokumente im Frühjahr 2007 und die anschließende Urabstimmung der Mitgliedschaft sowie den eigentlichen Gründungsparteitag circa im Mai/Juni 2007.

„Die Parteineubildung ist kein Selbstzweck. Wir wollen eine starke Linke, die ihren Einfluss ausbaut für mehr Solidarität in der Gesellschaft, für eine gerechte Verteilung der Erwerbsarbeit, für Chancengleichheit in der Bildung, für Demokratie. Das Programm der neuen linken Partei muss ein Programm der Linken im 21. Jahrhundert sein“, so der Parteivorstand. Er ermutigte die Landesvorsitzenden, die Diskussion der programmatischen Eckpunkte zu intensivieren und kündigte

gleichzeitig ein Gesprächsforum zum Thema „Freiheit und Gleichheit – Politik heute“ an, das am 23. Juni in Berlin stattfindet.

Auf der Beratung informierte der Beauftragte des Parteivorstandes für die Parteineubildung, Bodo Ramelow, über die aktuelle Situation und ging auf Fragen ein. „Die Vorbereitung der Parteineubildung ist eine große Herausforderung an die Landesverbände“, sagte er. Die Diskussion machte deutlich, dass die Situation in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich ist. Grundsätzlich ist die Linkspartei in den Ländern bereit, entsprechende Vereinbarungen abzuschließen. Verabredet wurde, dass ausgehend von dem Fahrplan der Bundesebene spezifische Varianten für den Parteineubildungsprozess auf Landesebene entwickelt werden. Wichtige Voraussetzung dafür sind statutarische und parteirechtliche Fragen, die vom Parteivorstand zu klären sind. Entsprechende Gutachten wurden bereits in Auftrag gegeben.

Linke Idee gewinnt Zustimmung

Erklärung von Kornelia Möller, MdB: „Die Bundesagentur für Arbeit will noch in diesem Jahr ein Konzept für einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor vorlegen. Dazu erklärte die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linkspartei im Bundestag, Kornelia Möller, am 15. Juni:

Wir begrüßen dieses Vorhaben. Es ist höchste Zeit, dass eine solche Initiative ergriffen wird. DIE LINKE. hat bereits im Frühjahr die Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors verlangt.

Für Menschen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt momentan keine Arbeit finden, muss eine sinnvolle Beschäftigungsperspektive eröffnet werden. Parallel zur anhaltenden Massenarbeitslosigkeit existiert ein umfangreicher Bedarf an gesellschaftlich notwendiger Tätigkeit im sozialen, medizinischen, kulturellen, ökologischen und Bildungsbereich, der gegenwärtig nicht erfüllt wird.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass in der Ankündigung der Bundesagentur von „dauerhafter öffentlicher Beschäftigung“ die Rede ist. Das Konzept muss allerdings auch berücksichtigen, dass die öffentlich geförderte Beschäftigung tariflichen Standards entsprechen und sozialversicherungspflichtig sein muss.

Kurzfristig müssen die finanziellen Mittel für Ein-Euro-Jobs und Transferleistungen gebündelt werden. Die Umwandlung der Ein-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse, die Tarif- bzw. Mindestlohnstandards entsprechen und auf Freiwilligkeit beruhen, kann ein erster Schritt sein.“

Zusammenstellung: jöd

Verschobene Perspektive II

Von Renate Hennecke

Bereits in ihrer März-Ausgabe dieser Zeitschrift mussten wir uns mit dem Vorhaben der CSU auseinandersetzen, die unten rezensierte Ausstellung nach München zu holen, mit der kaum verhüllten Absicht, den Verbandsfunktionären der Sudetendeutschen Landsmannschaft eine vorteilhafte Kulisse zu bieten. In der Diskussion im Kulturausschuss bemerkte der Münchener OB Ude, eine Prüfung der Qualität der Ausstellung sei Sache des Fachreferates, nicht des Stadtrates. Sollte die CSU ihren Plan weiter vorantreiben, wird eine politische Diskussion aber unumgänglich. Nachdem bereits die Auseinandersetzung mit dem „Begleitbuch“ Zweifel an der völkerverständigenden Qualität weckten, fuhr Renate Hennecke, die im „Forum Linke Kommunalpolitik“ mitarbeitet, nach Bonn. Ihre Rezension erklärt, warum die mit den Vertriebenenverbänden verbandelte CSU diese Ausstellung hierher holen will und welch harte inhaltliche Arbeit in diesem Falle – gerade am Standort München, gerade im „Jubiläumsjahr“ des Münchener Diktates von 1938 von linker Kritik zu leisten wäre.

Am 17. Mai wurde im Deutschen Historischen Museum in Berlin die Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“ neu eröffnet, nachdem sie vorher vier Monate im Haus der Geschichte der BRD in Bonn gezeigt worden war. Bis zum 13. August wird sie nun in Berlin, vom 1. Dezember 2006 bis zum 15. April

2007 im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig zu sehen sein. Bei der Wiedereröffnung in Berlin kündigte Kulturstatsminister Bernd Neumann an, diese Ausstellung solle danach als „Herzstück einer künftigen Dauerausstellung, mit der wir die Forderung des Koalitionsvertrages nach einem ‚sichtbaren Zeichen‘ erfüllen wollen“, dauerhaft in Berlin installiert werden.

In MitLinks Nr. 14 befasste sich Martin Fochler anhand des Begleitbuches zur Ausstellung mit dem Charakter des Mediums Ausstellung, namentlich wenn es sich um eine offiziöse Ausstellung handelt wie in diesem Fall, und mit einigen Aspekten der Darstellung, die eine „verschobene Perspektive“ erkennen lassen.

Im folgenden Beitrag geht es um die Darstellung der Vorgeschichte der Umstiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei in der Ausstellung selbst und um die Frage, inwieweit diese Darstellung auch die tschechische Perspektive einfließen lässt.

Die Anregung zu der Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“ sei im September 2000 von dem damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) gekommen, heißt es in einer Veröffentlichung des Hauses der Geschichte der BRD in Bonn. Dem widersprach Bernd Neumann, Angela Merkels Kulturstatsminister: Die Initialzündung sei von Erika Steinbach ausgegangen, und dass das zündende Gespräch zwischen Steinbach und Neumanns Vorgänger Naumann stattgefunden habe, sei ihm selbst, Neumann, zu verdanken.

Wer immer auch die Urheberschaft beanspruchen kann: beide Seiten – der sozialdemokratische Kanzler ebenso wie die CDU-Spitzenpolitikerin und Chefin des Bundes der Vertriebenen (BdV) – haben in den letzten Jahren immer wieder geschworen, auf jeden Fall müssten alle einschlägigen Aktivitäten eine „europäische Orientierung“ haben.

Was heißt das?

Markus Meckel, Wortführer der SPD bei diesem Thema, forderte, das Konzept müsse gemeinsam mit Fachleuten aus anderen europäischen Ländern erarbeitet werden und die Perspektive der Anderen müsse von vornherein in ein solches Projekt einfließen.

Da Meckel schon vor einem Jahr vorgeschlagen hat, der Ausstellung statt des Steinbachschen Vertreibungsentrums einen dauernden Platz in Berlin zu geben, könnte man erwarten, dass die genannten Kriterien einigermaßen erfüllt sind. Schauen wir sie uns daraufhin an.

Deutsche Vertreibungsopfer in der ersten Tschechoslowakischen Republik?

Nehmen wir als Beispiel den Abschnitt „Deutsche in der Tschechoslowakei“ im ersten Ausstellungsräum. Dieser Raum ist dem 20. Jahrhundert als dem „Jahrhundert der Vertreibungen“ gewidmet, genauer gesagt, der Zeit zwischen Erstem und Zweitem Weltkrieg, und soll wohl so etwas wie eine europäische Einleitung zum rein deutschen Hauptteil sein. Das Gegenstück am Ende bildet ein großer Bildschirm, über den kommentarlos Videosequenzen heutiger Flüchtlingszüge abgespielt werden: Kosovo, Somalia, Sudan, Afghanistan, Kongo ... Egal, was voran ging, alles gleichermaßen Unrecht, ist die Botschaft.

Aber bleiben wir bei der Einleitung, d.h. dem ersten Raum. Eine Wandleiste markiert die Abschnitte: hier der Völkermord an den Armeniern 1915, dort der Bevölkerungsaustausch zwischen Griechenland und der Türkei 1923, dann Deportationen von Russlanddeutschen und Zwangsumsiedlungen von „Volksdeutschen“. Schließlich eine Zieharmonikawand für „Deutsche in Polen“ und „Deutsche in der Tschechoslowakei“.

Erstes Fragezeichen: Warum „Deutsche in der Tschechoslowakei“? Sind von dort schon vor dem zweiten Weltkrieg Deutsche vertrieben worden? Der einleitende Text sagt: „Nach dem verlorenen 1. Weltkrieg muss Deutschland umfangreiche Gebiete abgeben. Neue Staaten mit neuen Grenzen entstehen. Vor allem in Polen und der Tschechos-



Anfang (links) und Ende der Ausstellung. Ein sog. Rungenwagen, wie er von deutschen Flüchtlingen häufig benutzt wurde. An der Wand eine Fotoleiste mit Beispielen für „Flucht und Vertreibung“ seit 756 vor unserer Zeitrechnung. Rechts der Bildschirm mit Videosequenzen von Flüchtlingen in Europa, Afrika und Asien heute. Aneinanderreihung ohne Rücksicht auf den historischen Kontext.

lowakei sind die Deutschen jetzt nationale Minderheiten. Die Nationalitätenkonflikte verschärfen sich.“ Also keine Vertreibung, höchstens eine aus der beherrschenden Stellung, die die Deutschen im Habsburgerreich inne hatten. Warum stehen sie dann aber hier in der Reihe der Opfer von Völkermord, Bevölkerungsaustausch und Deportationen? Und neue Fragen: Welche Gebiete musste denn Deutschland nach dem 1. Weltkrieg an die Tschechoslowakei abgeben? Und wieso waren die Deutschen in der Tschechoslowakei mehr Minderheit als vorher im Königreich Böhmen oder im Habsburgischen Kaiserreich? Auch dort hatten sie doch nicht mehr als ein Viertel oder bestenfalls ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausgemacht.

Ahnungslose Experten oder absichtliche Verfälschung?

Das Kriterium, das zur Zusammenstellung dieser Reihe von Opfern geführt hat, wird aus dem Beitrag von K. Erik Franzen im Begleitbuch erkennbar. In seinem Artikel „Zwangsmigrationen im 20. Jahrhundert bis zum Zweiten Weltkrieg“ erscheinen die Deutschen in der Tschechoslowakei ebenfalls als Opfer. Am Ende des Beitrags heißt es zusammenfassend: „Den hier knapp skizzierten erzwungenen Wanderungsbewegungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts lag vor allem das Prinzip der nationalen Homogenisierung zu Grunde.“

Auf die Tschechoslowakei angewendet heißt das: Es gab zwar weder eine Vertreibung noch eine erzwungene Wanderungsbewegung, aber die Probleme, die es zwischen Tschechen und Deutschen gab, waren auf den tschechischen Wunsch zurückzuführen, einen ethnisch homogenen Nationalstaat zu haben und die Deutschen daraus zu vertreiben.

Das ist nun allerdings eine Sicht, die den Tschechen im Nachhinein eine Politik zuschreibt, die sie nicht betrieben haben. Aus tschechischer Perspektive ging es darum, die privilegierte Stellung, die die Deutschen im Habsburgerreich inne hatten, zu beenden und die Aufteilung der historischen Länder der böhmischen Krone nach ethnischen Gesichtspunkten zu verhindern. Zwei Konzeptionen der Nation stießen hier auf einander: die bis heute in Deutschland vorherrschende Konzeption der Nation als Blutsgemeinschaft mit ausschließlichem Anspruch auf den „Heimatboden“ und die von der französischen Revolution inspirierte Auffassung der Nation als Gemeinschaft aller auf einem Territorium lebenden Bürger, ohne Ansehen ihrer ethnischen Herkunft. Über diesen Konflikt erfahren die Besucher jedoch nichts. Die Perspektive der Anderen wird verschwiegen, den Besuchern die Möglichkeit des Verständnisses verweigert.

So viel gibt es allein schon zur Überschrift zu sagen. Was erwartet den Besucher nun aber in dem Abschnitt mit dieser Überschrift? In die eine von zwei Zieharmonikawänden zum Thema ist ein Glaskasten eingebaut. Ein großes, leuchtend rotes Plakat ruft darin auf: „Sudetendeutsche! Tretet ein in das Sudetendeutsche Freikorps!“ Darunter die Adressen von Meldestellen in den bayerischen Städten Hof, Weiden, Schwandorf, Straubing und Zwiesel. Ein kleineres Poster zeigt den Führer der sudetendeutschen Anschlussbewegung, Konrad Henlein, beim Händedruck mit Adolf Hitler. Dazu die Behauptung: „Konrad Henlein einte uns! Der Führer befreite uns!“ und das Versprechen, dafür bei den Nachwahlen zum Deutschen Reichstag im Sudetenland am 4. Dezember 1938 mit einem Ja für die NSDAP zu danken.

Dann der Text des Münchner Abkommens vom 29.9.1938, in dem Hitler erlaubt wurde, ein Drittel des Territoriums der Tschechoslowakei zu besetzen.

tendeutsche demonstrieren schon 1919 gegen die tschechische Staatsregierung, die ihre Minderheitenrechte beschränkt. Das Sudetendeutsche Freikorps verschärft den Konflikt militärisch. Zum Training gehören regelmäßige Schießübungen.“

Dass hier von der „tschechischen“ statt der „tschechoslowakischen Regierung“ die Rede ist, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Sorgfalt, mit der gearbeitet wurde. Schlimmer: Die Rolle des Sudetendenischen Freikorps wird völlig verschleiert. Die Truppe aus ca. 17.000 sudetendeutschen Separatisten, die im September 1938 in den Grenzgebieten des Deutschen Reichs aufgestellt wurde, um bewaffnete Angriffe gegen die Tschechoslowakei mit dem Ziel der Destabilisierung durchzuführen und die Annexion der tschechoslowakischen Grenzgebiete durch das Dritte Reich vorzubereiten, ist zu einem – vielleicht etwas zu martialischen – Instrument im Kampf einer unterdrückten Minderheit um ihre Rechte geworden.



„Etwa 250.000 Tschechen müssen nach dem ‚Anschluss‘ ihre Wohnorte im Grenzland verlassen.“ Wer das unscheinbare Schrifttäfelchen mit dem Kleingedruckten nicht liest, muss glauben, es handele sich um deutsche Flüchtlinge. Die Überschrift des Ausstellungsabschnittes kündigt jedenfalls als Beispiel für Flucht und Vertreibung vor dem zweiten Weltkrieg „Deutsche in der Tschechoslowakei“ an.

Fotos von der Unterzeichnung des „Abkommens“ im Münchner Führerbau, von der Begrüßung der deutschen Wehrmacht durch die deutsche Bevölkerung einer tschechoslowakischen Stadt, von Menschenmassen. Ein nostalgisches schwarzes Sofakissen, bestickt mit dem Emblem der Henlein-Partei und den Worten „Einmarsch ins Sudetenland“.

Auf der (vergeblichen) Suche nach Aufklärung über dieses Konglomerat wird der Blick von zwei großformatigen Fotos oberhalb des Glaskastens angezogen. Das obere zeigt eine Massendemonstration; lesbar ist eine Tafel mit der Aufschrift: „Wir fordern den Anschluss an das sozialistische Deutschland.“ Darunter Köpfe mit Militärhelmen, die über eine Lkw-Wand lugen und mit Gewehren im Anschlag auf etwas zielen. Dazu der Text: „Massenprotest. Sude-

Die Deutschen, die die CSR als ihren Staat akzeptierten, kommen nicht vor

Eins der Fotos im Glaskasten zeigt eine Straße voller Menschen, die mit Sack und Pack von irgendwoher irgendwohin ziehen. Wer das winzige Schrifttäfelchen entdeckt, das neben dem Glaskasten, ganz im Eck, angebracht und ohne Verrenkungen kaum zu lesen ist, erfährt: „Hitler lässt sich von den Sudetendenischen feiern. Etwa 250.000 Tschechen müssen nach dem ‚Anschluss‘ ihre Wohnorte im Grenzland verlassen.“ Wer das Täfelchen nicht entdeckt, muss glauben, hier handele es sich um die Vertreibung der angekündigten Opfer: „Deutsche in der Tschechoslowakei“.

Dass die Deutschen Opfer und die Tschechen Täter waren, bestätigt ihnen dann das nächste Großfoto auf der zwei-

ten Zieharmonikafläche. Es zeigt Demonstranten mit einer Schrifttafel: „Weg mit der Sprachenverordnung!“ Der – besser sichtbare – Text dazu: „Demonstration. Tschechisch soll alleinige Amtssprache werden: Hiergegen protestieren 1926 Sudetendeutsche. Sie fühlen sich durch den Beschluss als Minderheit noch stärker benachteiligt.“ Haupttendenz in den 1920er Jahren war eine andere. Im Begleitbuch wird sie wenigstens mit einem Satz erwähnt: „Zwar gab es im sudetendeutschen politischen Spektrum auch eine staatsbejahende Strömung, die sich bis 1938 an der tschechoslowakischen Regierung beteiligte.“ Tatsache ist, dass die sog. „aktivistischen“ Parteien in den 1920er Jahren bei weitem das Übergewicht gegenüber der „negativistischen“ Strömung hatten, deren Vertreter dem tschechoslowakischen Staat grundsätzlich seine Legitimität bestritten (zu ihnen gehörte z.B. der spätere langjährige Vorsitzende der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Rudolf Ritter Lodgman von Auen). In der Ausstellung kommen die aktivistische Strömung und die Bemühungen, vorhandene Probleme innerhalb des gemeinsamen Staates zu lösen, nicht vor, stattdessen wird der Konflikt als durchwegs bestimmendes Element hervorgehoben.

Wie soll der Besucher daraus eine Vorstellung über die Situation in der jungen Tschechoslowakischen Republik bekommen und sich ein Bild machen, wie sich diese Probleme aus der Sicht der verschiedenen Beteiligten darstellten? Wie soll er das Geschichtsbild der Sudetendeutschen Landsmannschaft kritisch hinterfragen können, wonach eine Vertreibung von Tschechen nicht stattgefunden hat, tschechische Politiker aber bereits seit 1919 gezielt auf die Vertreibung der Deutschen hinarbeiteten? Die Umsiedlung von 1945, der die Erfahrungen der Jahre 1938 bis 1945 zu grunde lagen und die vor einer Wiederholung derartiger Ereignisse schützen sollte, wird von der SL auf dem Hintergrund dieser unhaltbaren Behauptung in einen lang geplanten Völkermord umgedeutet.

Der schwarze Tunnel

Die Eroberungs- und Vernichtungspolitik der Nazis kommt in der Ausstellung in Form eines kurzen, schwarzen Tunnels vor, der vom ersten in den zweiten Raum führt. Die Wände des Tunnels sind mit 14 großformatigen Fotos tapeziert. Es sind die bekannten Bilder von der Einfahrt der deutschen Wehrmacht in Prag, von den Leichen der Männer von Lidice, von der Erschießung jüdischer Kinder irgendwo im Osten, vom Warschauer Ghetto usw. Man hat die Bilder schon gesehen, tausendmal gelesen und gehört, das alles sei doch bereits in vorbildlicher Weise bewältigt. Man kann weitergehen. Man muss weitergehen.

Der Tunnel bildet einen Flaschenhals, durch den sich die Besuchergruppen drängen. Man wird mitgeschoben in die nächste Abteilung: Dort ist wieder Platz zum Stehenbleiben, dort geht es wieder um deutsche Opfer, und die sind nicht bewältigt: Links die Flucht aus Ostpreußen, der Untergang der Wilhelm Gustloff (wunderschönes Holzmodell, mitsamt Hakenkreuz am Schornstein, NS-Propagandafilme: deutsche Soldaten retten deutsche Frauen und Kinder), rechts die Vertreibung aus der Tschechoslowakei.

Hier verweilen die Gruppen lange, Erinnerungen werden abgefragt, Tränen fließen. 14 Millionen deutsche Opfer waren unschuldig. Nazis? Das müssen Andere gewesen sein. Die Vertriebenen haben damit nichts, aber auch gar nichts zu tun.

Ein polnischer Pate macht noch keine europäische Ausstellung

Es wird behauptet, an der Herstellung der Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“ seien polnische und tschechische Historiker beteiligt gewesen. Das entspricht nicht den Tatsachen. Mag sein, dass der polnische Historiker Prof. Dr. Włodzimierz Borodziej als „Pate“ der Ausstellung von Seiten des Wissenschaftlichen Beirates Einflussmöglichkeiten hatte. Tschechische Historiker waren nicht einmal in dieser Form beteiligt.

Das Begleitbuch enthält je einen Beitrag eines polnischen und eines tschechischen Historikers. Aus Tschechien ist es Jirí Pešek, Direktor des Instituts für Internationale Studien an der Karls-Universität Prag und Ko-Vorsitzender der Deutsch-Tschechischen Historiker-Kommission. Sein Beitrag behandelt aber nicht die historischen Ereignisse in Böhmen und der Tschechoslowakei – dies bleibt dem deutschen Historiker Detlef Brandes vorbehalten. Pešek berichtet, wie heute in der Tschechischen

Republik über die damaligen Ereignisse diskutiert wird. Gewiss ein interessantes Thema, aber nicht das, was unter einer Beteiligung an der Konzeption der Ausstellung zu erwarten ist. Außerdem sind Begleitbuch und Ausstellung zwei sehr verschiedene Paar Stiefel. In Bonn wurden 140.000 Besucher gezählt. Wie viele haben wohl für 26,90 Euro das 210 Seiten starke Buch gekauft, und wie viele haben es gelesen?

Fazit: Die Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“ ist in keiner Weise ein „europäisches“ Gegenstück zum geplanten BdV-Vertreibungscentrum geworden. Kein Wunder: Der für die Realisierung verantwortliche Präsident der Stiftung Haus der Geschichte der BRD in Bonn, Prof. Hermann Schäfer, ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der BdV-Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“. Zum 1. Februar 2006 wurde Schäfer, auf Wunsch von Kulturstaatsminister Bernd Neumann, als Abteilungsleiter für Kultur und Medien in dessen Amt berufen. Dort wird er seinen Chef bei der Erfüllung von Angela Merkels Auftrag unterstützen, mit der polnischen Regierung einen „Dialog“ zur Durchsetzung des BdV-Zentrums zu führen. Dass die Ausstellung kein europäisch orientiertes, sondern ein durch und durch nationales Projekt geworden ist, erklärt sich aber nicht allein dadurch. Eine wirklich europäisch ausgerichtete Ausstellung müsste darauf verzichten, den Anderen die Übernahme der deutschen Mainstream-Wertungen („Unrecht der Vertreibung“) abzuverlangen. Es müsste bereit sein, die Perspektive der Anderen tatsächlich einfließen zu lassen, sie als eine andere, aber ebenso legitime Deutung zu respektieren. Solange die deutsche Seite dazu nicht bereit ist, bleibt die europäische Ausrichtung ein Lippenbekenntnis. (aus: *MITLinks* Nr. 15, Mai 2006, *Zeitschrift der offenen Liste der Linkspartei PDS im Münchner Stadtrat*)

Ich möchte die Deutsch-Tschechischen Nachrichten abonnieren

- Normalabo (17,50 Euro/Jahr) Förderabo (35 Euro/Jahr)
 plus zusätzliche Exemplare zum Abo-Preis von 0,70 Euro/Stück

Name:

Adresse:

Unterschrift: Telefon:

- Ich möchte Lieferung gegen Rechnung
 Ich ermächtige den GNN-Verlag-Süd GmbH widerruflich, den Rechnungsbetrag für das Abo der Deutsch-Tschechischen Nachrichten zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Kontonummer: BLZ:

Bank: Unterschrift:

Einsenden an: DTN-Redaktion, Postfach 201026, D-80010 München

Abonnement in die ČR: 300 Kronen in tschechischen Briefmarken an obige Adresse

Föhrenwald

Das Projekt Föhrenwald hat ein Stück NS-Geschichte, Architekturgeschichte und Nachkriegsgeschichte der Vergessenheit entrissen. Die Herausgeberinnen Heike Ander und Michaela Melian inszenieren und dokumentieren die Geschichte der in der Nähe von Wolfratshausen gelegenen, 1937 gebauten Musterwohnsiedlung Föhrenwald – das heutige Waldram – als multimediale Installation und Spurensuche. 1941 beschreibt der Ingenieur und Architekt Hermann Grünenwald: „Die Anlage wurde im Voralpengebiet, in Flussnähe, auf fast ebenem Waldgelände erstellt, wobei unter möglicher Erhaltung des Baumbestandes ein organisch gewachsenes Ortsbild entstand ...“



Blanker Zynismus in Anbetracht der Tatsache, dass in dieser Siedlung bis Kriegsende bis zu 4.500 Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen, die in der Rüstungsindustrie arbeiten mussten, hinter Stacheldraht untergebracht waren. Nach Kriegsende war diese Siedlung dann ein so genanntes exterritoriales Lager jüdischer displaced persons, Menschen, die den Holocaust überlebt hatten, die es aus ganz Europa dorthin verschlagen hatte.

Der Stacheldraht war immer noch da

Erst als 1957 kinderreiche deutsche Heimatvertriebene einzogen, baute das Land Bayern ihn ab. Die Siedlung wird heute als Ortsteil von Wolfratshausen, als durchschnittliches Wohngebiet wahrgenommen. Der zentrale Adolf-Hitler-Platz wurde zunächst in Roosevelt Square und dann in Seminarplatz umbenannt. Nichts erinnert auch nur entfernt an die leidvolle Geschichte dieser NS-Architektur.

Die Erinnerungsarbeit der beiden Autorinnen, die in ihrem Buch *Mitstreiter* aus der Philosophie, Architektur, Archäologie, Geschichte, Kulturwissenschaft und der Literatur gewinnen

konnten, wirkt körperlich – geht unter die Haut. Teil der multimedialen Installation ist unter anderem ein begehbarer Zylinder – quasi ein fliegender Bau – der auf einer Panoramadiaprojektion die Siedlung aus schwarzen Linien auf weißem Grund sichtbar macht.

Ein Soundtrack aus Musik und Stimmen trägt die Geschichte ins Ohr. Die Abbildungen im Buch fesseln das Auge. Nikolaus Hirsch, einer der Autoren, spricht in seinem Essay von einer „Neutralisierung und Verdrängung der historischen Bedeutungsschicht.“ Das zu verhindern, hatten sich einst die Historiker und Journalisten vorgenommen und vernachlässigen es zusehends. Bildende Künstler übernehmen hier immer wieder stellvertretend geschichtliche Verantwortung. Melians mehrfach ausgezeichnetes Hörspiel arbeitet der Verdrängung, der allgemeinen Amnesie, entgegen. Es enthält Stimmen von Zeitzeugen, die als Überlebende der Shoah in Föhrenwald zusammenkamen und nur eines im Sinn hatten: Deutschland so schnell wie möglich zu verlassen. (entnommen aus: *Münchner Lokalberichte* Nr. 13/06)

Föhrenwald. Buch und CD herausgegeben von Heike Ander und Michael Melian, erschienen im Revolververlag in Frankfurt am Main, 282 S., 24 Euro

Ein zweiter Blick in den „Rückspiegel“

Der aufmerksame Leser von „Politische Berichte“ wird sich an das Buch „DDR-Außenpolitik im Rückspiegel“ erinnern (PB 9/2004 – vom 23. April 2004). Zwei Jahre danach ist jetzt im LIT-Verlag der Band II unter dem Titel „Alternative deutsche Außenpolitik?“ erschienen. Ein neuer Beitrag von Autoren des Verbandes für Internationale Politik und Völkerrecht e.V. Mit dem Fragezeichen im Titel soll „dem gegenwärtigen Trend zur Vereinfachung, der Reduzierung der deutschen Nachkriegsgeschichte auf die Geschichte der Bundesrepublik einen, wenn auch bescheidenen Stein des Anstoßes in den Weg“ gelegt werden (Muth). Schließlich, so Ingrid Muth während der Buchvorstellung, haben „die Menschen in der DDR (auch) Geschichte geschrieben, die früher oder später Eingang in die deutsche Nationalgeschichte“ finden wird. Auch dieser Band gehört zur Arbeit des Verbandes in den letzten zehn Jahren, in denen sich DDR-Diplomaten und Wissenschaftler in vielen hundert Stunden über die Ergebnisse, Leistungen und Fehlleistungen der DDR-Außenpolitik offen und freimütig ausgelassen haben.

Im ersten Kapitel werden die bilate-



Walter Ulbricht, hier mit Nasser

ralen Beziehungen der DDR zu Polen (Sieber), der CSSR (Ziebart), Ungarn (Vehres), Rumänien (Bock), Bulgarien (Schmidt) und Albanien (Schubert) untersucht. Danach folgt ein Kapitel zu den außenpolitischen Interessen der DDR zu Äthiopien (Bayerlacher) und der Befreiungsbewegungen am Beispiel der SWAPO Namibias (Schleicher). Besonders große Aufmerksamkeit wird dem Leser das III. Kapitel anempfohlen, das die Mitarbeit der DDR in der UNO und ihren Spezialorganisationen (Zachmann), dem wirtschaftspolitischen Bereich der VN (Dietze) und der UNESCO (Micheel) behandelt. Zuletzt geht es um die Abrüstung (Ernst). Jeder der sich mit den internationalen Beziehungen der DDR befasst, sollte erneut in den „Rückspiegel“ schauen. Zumal hier Kenner der Materie, ehemalige Botschafter und Leiter von Fachabteilungen des DDR-Außenministerium, berichten. Dabei wird so manche Episode des diplomatischen Alltags preisgegeben, ohne dass Sensationen zu erwarten sind. Keine Sensation verheißen, dass die persönlichen Kontakte zwischen Walter Ulbricht und dem 1. Sekretär der PVAP, Wladislaw Gomulka, nicht die besten waren. Beide konnten nicht miteinander. Aber beide wollten das Sagen haben. Die oft penetrante, belehrende Art Ulbrichts wurde von Gomulka überhaupt nicht gemocht. Auch die Führungen der DDR und Rumäniens hatten zu verschiedenen Zeiten, unterschiedlich intensive Beziehungen zueinander. Das hing zum Beispiel mit den Sonderpositionen Rumäniens in internationalen Fragen zusammen. Auch dieser Band II, mit seinem ausführlichen Personenregister und Autorenverzeichnis, kann dem Leser nur empfohlen werden.

Franz-Karl Hitze

Siegfried Bock, Ingrid Muth, Hermann Schwiesau: „Alternative deutsche Außenpolitik? DDR-Außenpolitik im Rückspiegel (II)“ / LIT-Verlag Berlin 2006, Paperback, 257 Seiten, 24,90 Euro, ISBN 3-8258-9278-6

14. Juli. Stralsund. *Besuch von Präsident Bush in der Bundesrepublik.* Aus dem Aufruf der Friedensbewegung: Bush in Deutschland: „Er ist nicht unser Gast!“ Kriege beenden – Kriegsplanungen stoppen! Wir empfangen US-Präsident Bush bei seinem Besuch am 14. Juli 2006 in Stralsund mit gebührend breitem Protest. Seine arrogante Machtpolitik wird mittlerweile von einem Großteil der Gesellschaft in den USA abgelehnt. Auch hier muss ihm deutlich gemacht werden, dass er nicht willkommen ist. Von der Gastgeberin, Bundeskanzlerin Merkel, verlangen wir, dass sie keine Kriegsaktionen gegen den Iran unterstützt. Wir fordern: Kein Krieg gegen den Iran – Abzug der Besatzungstruppen aus Irak und Afghanistan – Schluss mit der Beteiligung von NATO, EU und Bundeswehr an den Kriegen weltweit – Bestrafung aller Verantwortlichen für Folter, Misshandlung von Gefangenen und Angriffen gegen Zivilisten – Eine Atomwaffenfreie Zone in der Region des Nahen und Mittleren Ostens – Eine neue internationale Initiative zu weltweiter systematischer atomarer Abrüstung, wie im Atomwaffensperrvertrag festgelegt – Einrichtung einer ständigen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten – Keine Kriege um Öl oder andere Ressourcen: Ausstieg aus Atom- und fossiler Energie, Einstieg in erneuerbare Energien.

15. Juli Stuttgart. *Landesweite Demonstration unter dem Motto „Linke Politik verteidigen! Solidarität aufbauen!“* Gegen die vermehrten Kriminalisierungsversuche linker und antifaschistischer Politik. Auftaktkundgebung ist ab 13 Uhr in der Keplerstrasse vor den Universitätsgebäuden KI/KII – Stadtmitte. Zu der Demonstration ruft das Stuttgarter Bündnis gegen Repression auf, sowie das Antifaschistische Aktionsbündnis Baden Württemberg.

3. bis 6. August. Erfurt. *Linke Sommerschule* mit den Kursen Wirtschaft, Philosophie und Geschichte. Ankündigung siehe *Politische Berichte* Nr. 11/2006

22. August. Berlin. *CDU-Grundsatzkongress*

Linke Sommerschule 2006: Bitte anmelden!

Kurs Wirtschaft: Interessenlagen auf den Energiemarkten

In diesem Sommer wollen wir uns mit den Interessenlagen der Anbieter und der Nachfrager auf den Märkten für Energie auseinandersetzen, mit den wirtschaftlichen Verhaltensweisen, die sich auf diesen Märkten entwickeln und mit den politischen Strategien, die in die wirtschaftlichen Vorgänge auf diesem Sektor bestim mend mit eingehen. Zu nennen ist hier die politische Absicherung der Lieferung, die Sicherung der Verkehrsw ege, der spezifischen Besteuerung des Verbrauchs, der Bereitstellung und Bewirtschaftung von Reserve(kapazitäten) im „öffentlichen Interesse“ und aus öffentlichen Mitteln.

Kurs Kulturwissenschaften: Nationalstaat und „Weltgesellschaft“

Ein Grund für die Entscheidung, uns ausführlicher mit dieser Thematik zu befassen, war die linke Kritik am EU-Verfassungsvertrag. Es bestand der Eindruck, dass die berechtigte Kritik an der Militarisierung der EU und den sozialen Verwerfungen durch die Internationalisierung der Märkte und Deregulierung sich nahezu unentwirrbar mit Ängsten vor der und Ressentiments gegen die europäische Unionierung und den damit verbundenen Bedeutungsverlust des Nationalstaats vermischt.

Die diesjährige Sommerschule vom 3. bis 6. August findet in Thüringens Landeshauptstadt Erfurt statt. In der Jugendherberge „Hochheimer Straße“ tagen wir, in der „JH

Vorschau auf Wahlen					
Jahr	Monat	Land		Termin	Wahlperiode
2006	Sept.	Niedersachsen	Kommunal	10.9.	5 Jahre
	Sept.	Meck.-Pomm.	Landtag	17.9.	4 Jahre
	Sept.	Berlin	Land/Kom.	17.9.	5 Jahre
2007	Frühj.	Bremen	Landtag		4 Jahre
	Herbst	Bremerhaven	Kommunal		4 Jahre
2008	Frühj.	Hamburg	Land/Kom.		4 Jahre
	Frühj.	Hessen	Landtag		5 Jahre
	Frühj.	Niedersachsen	Landtag		5 Jahre
2009	Frühj.	Bayern	Kommunal		6 Jahre
	Frühj.	Schleswig-Holstein	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Bayern	Landtag		5 Jahre
2010	Herbst	Brandenburg	Kommunal		5 Jahre

Quellen: www.bundeswahlleiter.de, Landeswahlleiter

Klingenstraße“ übernachten wir. Beide liegen nur etwa 3 Minuten Fußweg auseinander. Adresse: JH Erfurt, Hochheimer Str. 12, Klingenstraße 4, 99094 Erfurt, Tel. 0361 5626705.

Die JH ist vom Bahnhof Erfurt mit der Straßenbahn 5 bis Endstation Steigerstraße zu erreichen. Von dort sind es noch ca. 200 m Fußweg. Autofahrer nehmen die Abfahrt Erfurt-West, nehmen die B4 bis zum Stadtring, biegen links in die Schillerstraße (B7) und achten dann auf die Ausschilderung JH.

Die Kosten für Ü/F betragen 21,50 Euro pro Person, ein warmes Mittag-/Abendessen kostet 4,70 Euro, ein kaltes Abendessen 4 Euro.

Da wir als Gruppe gemeldet sind (günstigere Tarife), müssen wir bis Mitte Juli die genaue Anzahl von Teilnehmer melden.



Bitte meldet euch deshalb rechtzeitig und verbindlich bis zum 14. Juli an bei
GNN-Verlag Hamburg, Christiane Schneider,
Tel. (0 40) 43 18 88 20, Fax (0 40) 43 18 88 21,
eMail: gnn-hhsh@hansenet.de